



LAND  
OBERÖSTERREICH

# Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen  
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

**Schlüßlberg**

## Impressum

**Herausgeber:**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:  
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Linz, im Juli 2009

Die Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen hat in der Zeit vom 23. März bis 7. April 2009 (Schlussbesprechung am 6. Juli 2009) durch zwei Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 – Oö. GemO 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Schlüßlberg vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2006 bis 2008 und der Voranschlag für das Jahr 2009 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde, beinhaltet Feststellungen zur Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>KURZFASSUNG</b> .....	<b>6</b>
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION .....	6
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN .....	8
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN.....	10
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT .....	10
<b>DETAILBERICHT</b> .....	<b>12</b>
<b>DIE GEMEINDE</b> .....	<b>12</b>
<b>WIRTSCHAFTLICHE SITUATION</b> .....	<b>13</b>
HAUSHALTSENTWICKLUNG .....	13
MITTELFRISTIGER FINANZPLAN.....	15
<b>FINANZAUSSTATTUNG</b> .....	<b>17</b>
KOMMUNALSTEUER .....	17
AUFSCHLIEßUNGS- UND ERHALTUNGSBEITRÄGE .....	18
STEUER- UND GEBÜHRENRÜCKSTÄNDE .....	18
UMLAGEN .....	19
<b>FREMDFINANZIERUNGEN</b> .....	<b>20</b>
DARLEHEN .....	20
KASSENKREDIT .....	21
LEASING .....	21
HAFTUNGEN.....	21
<b>RÜCKLAGEN</b> .....	<b>22</b>
<b>PERSONAL</b> .....	<b>23</b>
ALLGEMEINE VERWALTUNG .....	23
<b>ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN</b> .....	<b>25</b>
ABWASSERBESEITIGUNG .....	25
WASSERVERSORGUNG .....	27
ABFALLBESEITIGUNG .....	29
KINDERGARTEN.....	30
NACHMITTAGSBETREUUNG .....	31
AUSSPEISUNG (KINDERGARTEN UND NACHMITTAGSBETREUUNG) .....	32
WOHN- UND GESCHÄFTSGEBÄUDE AM MARKTPLATZ .....	33
<b>GEMEINDEVERTRETUNG</b> .....	<b>35</b>
GEMEINDERAT, GEMEINDEVORSTAND .....	35
GEMEINDEINTERNE PRÜFUNGEN.....	35
SITZUNGSGELDER .....	35
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN .....	35
<b>WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN</b> .....	<b>36</b>
VERMÖGENSVERWALTUNG .....	36
POST-PARTNER .....	36
FEUERWEHRWESEN .....	36
FEUERBESCHAU .....	37
BESTELLWESEN .....	37
SCHÜLERBEAUFSICHTIGUNG .....	37
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN .....	37
VERSICHERUNGEN .....	37
BAUHOFF.....	38
<b>AUßERORDENTLICHER HAUSHALT</b> .....	<b>39</b>
ÜBERBLICK ÜBER DEN A.O. HAUSHALT DES FINANZJAHRES 2008.....	39

FEUERWEHRFAHRZEUG .....	39
VOLKSSCHUL-NEUBAU .....	40
KINDERGARTENERWEITERUNG UND HORTNEUBAU .....	40
BAUHOF (ZU- UND UMBAU) .....	40
RÜCKHALTEBECKEN AM STILLBACH UND ZINSERLBACH – GEMEINDEBEITRAG (BAUKOSTEN- UND GRUNDAnteil).....	41
LÄRMSCHUTZMAßNAHMEN IM ÖBB-BEREICH .....	41
STRASSENBAU .....	41
ERWEITERUNG DER WASSERVERSORGUNG BA02 – BA05 UND WVA QUELLEN .....	41
BETRIEBS- UND GESCHÄFTSGEBÄUDE .....	42
<b>OPTIMIERUNGSPOTENTIAL .....</b>	<b>43</b>
<b>SCHLUSSBEMERKUNG .....</b>	<b>44</b>

# Kurzfassung

## Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde Schlüßlberg konnte im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 – so wie in den Vorjahren – ihren ordentlichen Haushalt jeweils ausgleichen. In diesen Jahren erfolgten Zuführungen von Anteilsbeträgen an den außerordentlichen Haushalt von ca. 466.900 Euro (ohne zweckgebundene Interessentenbeiträge); von diesen Zuführungen standen jedoch 370.000 Euro im Zusammenhang mit Rückführungen aus dem außerordentlichen Haushalt (Auflösung von Zwischenfinanzierungen). Das im ordentlichen Haushalt erwirtschaftete Zuführungspotential betrug daher im angeführten Zeitraum ca. 96.900 Euro (Finanzjahr 2008 ca. 49.800 Euro), wobei jedoch ca. 51.700 Euro auf die nicht widmungsgemäße Verwendung von Wasseranschlussgebühren in den Jahren 2006 und 2007 zurückzuführen sind. Weiters konnten in diesen Jahren ca. 220.000 Euro (davon ca. 91.500 Euro im Finanzjahr 2008) für Investitionen aufgewendet werden. Die positiven Ergebnisse der vergangenen Jahre konnten vor allem durch die günstige Entwicklung der Steuerkraft, vorrangig bei den Ertragsanteilen, erzielt werden.

Der Voranschlag 2009 weist noch ein ausgeglichenes Ergebnis auf. Der Ausgleich und die veranschlagte Zuführung von Anteilsbeträgen von 52.000 Euro zu den außerordentlichen Vorhaben waren jedoch nur durch die Auflösung von Rücklagen in Höhe von 202.400 Euro möglich. Da die Ertragsanteile nach neuesten Prognosen gegenüber den veranschlagten Beträgen um ca. 4 % geringer ausfallen werden (Mindereinnahmen von ca. 83.000 Euro), hat sich die budgetäre Lage für 2009 weiter eingetrübt. Die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich für 2009 vor allem auch durch den Rückgang der Einnahmen bei den Ertragsanteilen und die andererseits wiederum sehr deutlich gestiegenen Umlagen-Transferzahlungen verschlechtert. Die bei der Abwasserbeseitigung veranschlagte Zuführung des Überschusses von 74.100 Euro zur Rücklage sollte unterbleiben und der Überschuss stattdessen zur Abdeckung der Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen bzw. zu einer Verringerung der veranschlagten Rücklagenentnahme eingesetzt werden. Um den Haushaltsausgleich im Finanzjahr 2009 sicherzustellen, wären erforderlichenfalls auch die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt entsprechend einzuschränken. Eine budgetäre Entlastung ist durch einen verringerten Zinsendienst zu erwarten, da zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages die stark rückläufige Entwicklung der EURIBOR-Sätze noch nicht angenommen werden konnte.

Durch die bereits angeführte ungünstige Entwicklung bei den Ertragsanteilen, die sich auch auf die Prognosewerte der Ertragsanteile für die Planjahre 2010 bis 2012 auswirkt, ist die Aussagekraft der von der Marktgemeinde beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung bereits nach einigen Monaten wesentlich eingeschränkt. Die mittelfristige Finanzplanung weist für die Planjahre 2010 bis 2012 steigende Abgänge im ordentlichen Haushalt auf; so ist für das Planjahr 2010 ein Abgang von 188.700 Euro, für das Planjahr 2011 ein solcher von 225.500 Euro und für das Planjahr 2012 ein Abgang von 292.800 Euro ausgewiesen. Bei der Erstellung des Voranschlages 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung für die Planjahre bis 2013 ist auf folgende Aspekte Bedacht zu nehmen:

- Zuführungen von Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes (ausgenommen zweckgebundene Interessenten- und Aufschließungsbeiträge) sind bei einem Abgang im ordentlichen Haushalt nicht zulässig;
- der Überschuss bei der Abwasserbeseitigung sollte nicht einer Rücklage zugeführt werden, sondern im ordentlichen Haushalt verbleiben;
- nicht zweckgebundene Rücklagen sind zur Sicherstellung des Haushaltsausgleiches aufzulösen;

- als kurz- und mittelfristige Maßnahme sind Darlehen für den Siedlungswasserbau mit einer Laufzeit von 25 Jahren auf 33 Jahre zu erstrecken und dadurch eine jährliche Verringerung des Tilgungsaufwandes anzustreben;
- soweit die oben angeführten Maßnahmen nicht ausreichen sollten, einen Abgang im ordentlichen Haushalt zu vermeiden, wäre zur Eindämmung des Abganges eine Anhebung der Bezugs- bzw. Benützungsgebühren auf ein Niveau von 20 Cent über den Mindestgebühren des Landes Oberösterreich vorzunehmen.

Für das Finanzjahr 2010 müsste es durch die Beachtung der drei ersten Punkte möglich sein, einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt zu erzielen. Für die Folgejahre stößt eine Einschätzung der finanziellen Entwicklung im ordentlichen Haushalt der Marktgemeinde auf Grund der nicht absehbaren Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise an ihre Grenzen.

Im Investitionsplan für die Jahre 2010 bis 2012 sind in der mittelfristigen Finanzplanung nur Ausgaben von 220.000 Euro enthalten, wovon 190.000 Euro auf die Kindergarten-Erweiterung und den Hortneubau entfallen. Bei der Erarbeitung des Investitionsplanes für die mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2013 ist zu berücksichtigen, dass durch die angespannte finanzielle Lage für neue Vorhaben, abgesehen von zweckgebundenen Mitteln, keine oder nur geringe Eigenmittel zur Verfügung stehen; ebenso sind weitere Darlehensaufnahmen durch die damit verbundenen Belastungen für den ordentlichen Haushalt nicht empfehlenswert.

Die Steuerkraft der Marktgemeinde setzte sich im Finanzjahr 2008 zu 24 % aus Gemeindeabgaben und zu 76 % aus den Ertragsanteilen und der Strukturhilfe zusammen. Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 sind die Gemeindeabgaben von ca. 630.300 Euro auf ca. 678.400 Euro und somit um 7,63 % gestiegen, während sich die Ertragsanteile von ca. 1.796.900 Euro auf ca. 2.108.300 Euro um 17,33 % erhöht haben. Auf Grund des unterdurchschnittlichen Anstieges der Bevölkerung mussten für 2009 geringere Ertragsanteile veranschlagt werden, die zudem durch die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter zurückgehen werden. Die Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen wurden in den vergangenen Jahren durch den dynamischen Anstieg bei den Umlagen-Transferzahlungen aufgezehrt; so sind die Umlagen-Transferzahlungen von 2006 bis 2008 von ca. 985.600 Euro auf ca. 1.159.600 Euro gestiegen und für 2009 mussten bereits 1.273.300 Euro veranschlagt werden.

Nachdem teilweise Abgabepflichtige die Frist zur Einreichung der Kommunalsteuererklärung nicht wahren, kann von der Marktgemeinde ein Zuschlag bis zu 10 % der festgesetzten Abgabe auferlegt werden. Einzelne vorgeschriebene Interessentenbeiträge wurden bislang nicht beglichen; diesbezüglich ist eine Klärung seitens der Marktgemeinde herbeizuführen.

Der Darlehensstand betrug am Ende des Finanzjahres 2008 5.356.934,90 Euro, wovon ca. 3.366.400 Euro auf normalverzinsten Darlehen für die Siedlungswasserbauten entfielen. Für den Siedlungswasserbau wurden zusätzlich ca. 236.500 Euro an Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich (vorerst zinsen- und tilgungsfrei) aufgenommen. Der Rest der Darlehen entfiel auf normalverzinsten Darlehen für die übrigen Bereiche der Gemeindeverwaltung (z.B. Volksschule, Straßenbau). Der Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2008 nach Abzug des Aufwandes von ca. 81.200 Euro für die Zwischenfinanzierung des Volksschulneubaus ca. 413.900 Euro, wodurch 9,47 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden waren. Vor allem durch die Darlehensaufnahme für die Erweiterung des Kindergartens und die Horterrichtung sowie den durch ein Zwischenfinanzierungsdarlehen für dieses Vorhaben verbundenen Zinsaufwand steigt der Annuitätendienst voraussichtlich ab dem Jahr 2011 wieder stärker an. Entlastend auf den Zinsaufwand im Voranschlag 2009 und in der mittelfristigen Finanzplanung dürfte sich vorerst das seit Herbst 2008 stark rückläufige Zinsniveau auswirken.

Die Zinssätze der normalverzinsten Darlehen sind abgesehen von einigen fixverzinsten Darlehen hauptsächlich an die Entwicklung des 6-Monats-EURIBOR-Satzes gebunden, wobei marktkonforme Aufschläge vereinbart wurden. Bei den Darlehen mit einer fixen Verzinsung – diese liegt zwischen 4,78 bis 5,635 % p.a. – sollte in Verhandlungen mit den Geldinstituten oder durch eine Umschuldung eine deutliche Verringerung der Zinsbelastung erfolgen; ev. ist auch zu überlegen, durch einen externen Berater eine Optimierung bei den Darlehen zu erreichen.

Am Ende des Finanzjahres 2008 beliefen sich die Rücklagen auf ca. 819.000 Euro, wovon ca. 357.200 Euro zur Zwischenfinanzierung im außerordentlichen Haushalt eingesetzt wurden. Während des Haushaltsjahres 2008 wurden weitere 270.000 Euro zur vorübergehenden Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen. Die Verwendung von Rücklagen zur Zwischenfinanzierung im außerordentlichen Haushalt und zur vorübergehenden Verstärkung des Kassenbestandes wird als zweckmäßig angesehen, da dadurch der Aufwand für die Zwischenfinanzierung eingedämmt werden kann. Die Verzinsung der Rücklagen bewegte sich im Finanzjahr 2008 zwischen 3,5 % bis 4 % p.a. und ist als marktkonform einzustufen.

Die Rücklagen entfallen auf 22 verschiedene Rücklagen und sind auf ebenso vielen Sparbüchern veranlagt. Rücklagen, die nicht zweckgebunden zu verwenden sind, sollten wie bereits erwähnt in den Folgejahren zur Sicherstellung des Haushaltsausgleiches eingesetzt werden.

## **Öffentliche Einrichtungen**

Zu den öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung ist positiv zu erwähnen, dass die Marktgemeinde in den vergangenen Jahren darum bemüht war, in Teilen der Marktgemeinde Erhebungen von gebührenrelevanten Tatbeständen hinsichtlich ergänzender Anschlussgebühren (Auf-, Zu-, Ein- oder Umbau mit Vergrößerung der Bemessungsgrundlage) durchzuführen. Dabei kam es zu Nachforderungen von rund 41.900 Euro. Diese Erhebungen sind auf das restliche Gemeindegebiet auszudehnen.

### **Abwasserbeseitigung**

Der laufende Betrieb der Abwasserbeseitigung weist in den vergangenen Jahren jeweils ein positives Ergebnis auf, wodurch es möglich war, Rücklagenbildungen vorzunehmen.

Die Kanalbenützungsgebühr wurde in der Höhe der vorgegebenen Mindestgebühr pro m<sup>3</sup> Abwasseranfall eingehoben. Zusätzlich wurde eine jährliche Grundgebühr pro Liegenschaft (2008: 15,45 Euro exkl. USt.) vorgeschrieben.

### **Wasserversorgung**

Die Einrichtung der Wasserversorgung erzielte in den vergangenen Jahren jeweils Abgänge im laufenden Betrieb. Ausschlaggebend für die negativen Ergebnisse waren neben den Mehrausgaben auf Grund der Probleme mit der Wasserqualität vor allem die Steigerungen beim Annuitätendienst, die mit dem Bauaufwand der letzten Jahre im Zusammenhang stehen.

Die Wasserbezugsgebühr orientierte sich in den vergangenen Jahren jeweils an der vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühr. Zusätzlich gelangte eine Grundgebühr pro Liegenschaft (Finanzjahr 2008: 15,45 Euro exkl. USt.) zur Vorschreibung. Im Hinblick auf die finanzielle Situation bei dieser Einrichtung scheint es für die Zukunft sinnvoll, eine höhere Grundgebühr festzusetzen. Eine höhere Grundgebühr stellt zudem die Möglichkeit dar, die hohen Kosten der Herstellung der Infrastruktur zu refinanzieren.



Nachdem in den letzten Jahren Anschlussgebühren teilweise im ordentlichen Haushalt verblieben sind, wird darauf hingewiesen, dass diese zweckentsprechend zu verwenden sind.

#### Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung erzielte im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 insgesamt einen Überschuss von rund 34.000 Euro, der teilweise einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt bzw. für Investitionen herangezogen wurde. Einer kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist auch in Zukunft entsprechendes Augenmerk zuzuwenden.

#### Kindergarten

Die Marktgemeinde betreibt (zum Zeitpunkt der Einschau in die Gebarung) einen viergruppigen Kindergarten. Der Nettoaufwand belief sich dabei im Jahr 2008 unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben für die Beförderung der Kinder auf 126.566 Euro. Dies entspricht einem jährlichen Zuschussbedarf von 1.455 Euro pro Kind.

Der Personaleinsatz im Kindergarten ist im Hinblick auf die Öffnungszeiten als angemessen anzusehen. Der Kindergartenleiterin, deren Beschäftigungsausmaß im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten festgesetzt ist, werden jedoch monatlich Überstunden ausbezahlt. Es sollte versucht werden, mit dem bestehenden Beschäftigungsausmaß das Auslangen zu finden.

#### Nachmittagsbetreuung

Durch den Neubau der Volksschule in Schlüßlberg wurde eine Nachmittagsbetreuung eingerichtet, die von der SALE (Solidaritätsaktion für arbeitslose Lehrer) betrieben wird. Durch die notwendige Betreuung von beeinträchtigten Kindern, welche von der SALE nicht abgedeckt werden konnte, wurde von der Marktgemeinde eine Schulhelferin aufgenommen. Der daraus entstandene Fehlbetrag belief sich im Jahr 2008 auf 18.910 Euro. Die in diesem Bereich anfallenden Betriebskosten sowie die Kosten der Reinigung, die zukünftig zu erfassen sind, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

#### Ausspeisung (Kindergarten und Nachmittagsbetreuung)

Für die Ausspeisung ist im Zeitraum der Jahre 2006 bis 2008 durchschnittlich ein Abgang von 12.600 Euro entstanden. Während im Vergleichszeitraum die Anzahl der zubereiteten Portionen (um rund 19 %) rückläufig war, ist das Beschäftigungsausmaß der Köchin unverändert geblieben. Ein Vergleich mit Schülerspeisungen im Bezirk Grieskirchen zeigte zudem, dass die Anzahl der zubereiteten Portionen pro Personaleinheit unterdurchschnittlich war. Das Beschäftigungsausmaß der Köchin ist daher jedenfalls der Inanspruchnahme der Ausspeisung anzupassen. Bei in etwa gleichbleibenden Portionszahlen ist das Beschäftigungsausmaß von derzeit 0,725 Personaleinheiten auf 0,5 PE herabzusetzen.

#### Wohn- und Geschäftsgebäude am Marktplatz

Nachdem eine Wohnung im Amtsgebäude auf Grund von Überlegungen hinsichtlich anderweitiger Nutzung längere Zeit leer stand, wird darauf hingewiesen, dass leerstehende Räumlichkeiten und damit im Zusammenhang stehende Mieteinnahmefälle durch entsprechende Planungen zu vermeiden sind. Zukünftig sind weiters alle Wohnungen zum gleichen Mietzins zu vermieten.

Für die noch leerstehenden Räumlichkeiten im Gesundheits- und Dienstleistungszentrum (GDLZ) wurde bislang kein Gastronomiebetreiber gefunden. Diesbezüglich ist nunmehr jedenfalls auch eine anderweitige Verwendung anzustreben. Die Vermietung der weiteren Räumlichkeiten erfolgt grundsätzlich zu einem marktkonformen Mietzins.

Um die Attraktivität des Ortszentrums zu erhöhen bzw. um leerstehenden Räumlichkeiten im GDLZ entgegenzuwirken, wurden von der Marktgemeinde Mietzuschüsse gewährt, die im

Widerspruch zu den erlassmäßigen Vorgaben hinsichtlich Betriebsförderung stehen. Zukünftig sind Betriebsförderungen ausschließlich im Rahmen der erlassmäßigen Regelungen zu gewähren.

### **Weitere wesentliche Feststellungen**

Bei der Feuerbeschau der Risikoobjekte, die alle drei Jahre durchzuführen ist, waren zeitliche Verzögerungen festzustellen. Da ein mit einer mangelnden Wahrnehmung der Feuerbeschau im kausalen Zusammenhang stehender Schadensfall zu Amtshaftungsansprüchen führen kann, ist der Feuerbeschau mehr Aufmerksamkeit beizumessen.

Im Bauhof der Marktgemeinde werden derzeit vier vollbeschäftigte Bauhofarbeiter eingesetzt, wobei die Stelle eines vorher beschäftigten fünften Arbeiters aus Einsparungsgründen nicht mehr nachbesetzt wurde. Der Personaleinsatz im Bauhof ist im Hinblick auf das Aufgabenspektrum als sparsam anzusehen.

Die Ermittlung des Stundensatzes für die Arbeiter sowie die festgelegten Tarife für den Maschineneinsatz führen zu Verzerrungen bei den leistungsempfangenden Stellen im Haushalt der Marktgemeinde. Sinnvoll scheint deshalb, auf Basis eines zu erstellenden Produktkataloges eine Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen. Damit können – nicht zuletzt im Hinblick auf die Überlegungen der Marktgemeinde, teilweise Auslagerungen an Private vorzunehmen – fundierte Preisvergleiche mit der Privatwirtschaft gezogen werden.

### **Außerordentlicher Haushalt**

Das Investitionsvolumen in den Jahren 2006 bis 2008 betrug insgesamt ca. 2.149.000 Euro (davon ca. 845.000 Euro im Finanzjahr 2008). Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen dabei mit ca. 901.000 Euro bei der Wasserversorgung, ca. 531.000 Euro beim Straßenbau, ca. 413.000 Euro bei der Erweiterung des Bauhofes und mit ca. 173.000 Euro beim Ankauf eines Feuerwehrfahrzeuges.

Im Rechnungsabschluss 2008 wird für den außerordentlichen Haushalt ein Sollfehlbetrag von insgesamt ca. 142.500 Euro ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag entfiel auf die Vorhaben "Straßenbau 2006 - 2008", "Bauhof", "Rückhaltebecken – Gemeindebeitrag" und "WVA BA04". Für diese Fehlbeträge liegen jedoch gesicherte Finanzierungen vor; so konnten die Fehlbeträge bei den Vorhaben "Straßenbau 2006 - 2008 " (ca. 33.300 Euro) und "Bauhof" (80.000 Euro) durch die im Finanzjahr 2009 zugesicherten Bedarfszuweisungsmittel bereits ausfinanziert werden.

Bei weiteren fünf Vorhaben werden die Fehlbeträge vorerst durch die Heranziehung von Rücklagenmitteln zwischenfinanziert; teilweise sind diese Zwischenfinanzierungen auch auf vorerst noch nicht in vollem Umfang realisierte Aufnahmen von Förderdarlehen beim Siedlungswasserbau zurückzuführen.

Bei der Abwicklung von Vorhaben ist auch weiterhin besonderes Augenmerk auf eine gesicherte Finanzierung der Vorhaben zu richten. Die Abwicklung von außerordentlichen Vorhaben wird in den kommenden Jahren durch das voraussichtlich fehlende Zuführungspotential aus dem ordentlichen Haushalt schwieriger werden.

Die Finanzierung der im September 2003 in Betrieb gegangenen Volksschule erstreckt sich bis ins Jahr 2010 (Sollfehlbetrag im Rechnungsabschluss 2008 30.000 Euro). Da an der Holzfassade an der Westseite der Volksschule starke optische Beeinträchtigungen aufgetreten sind, wird es soweit nicht überhaupt Gewährleistungsansprüche geltend

gemacht werden können, für zweckmäßig angesehen, die Holzfassade neu zu streichen. Auch bei den Rissen im Mauerwerk und bei den Setzungen im Schulgebäude wird es für notwendig angesehen, dass im Hinblick auf die erst kurze Nutzungsdauer Lösungen zur Behebung der Schäden gefunden werden, die das Budget der Marktgemeinde weitestgehend nicht belasten.

## **Detailbericht**

### **Die Gemeinde**

Die Marktgemeinde Schlüßlberg hat laut der Volkszählung 2001 3001 Einwohner und ist eine von 34 Gemeinden des Bezirkes Grieskirchen. Die für die Berechnung der Ertragsanteile aktuelle Volkszahl (Stichtag 31. Oktober 2008) liegt bei 3.023 Einwohner; im Vergleich mit der Volkszählung 2001 beträgt der Anstieg 0,73 %. In Oberösterreich ist die Einwohnerzahl um 2,29 %, im Bezirk Grieskirchen um 1,18 % gestiegen. Der unterdurchschnittliche Anstieg der Bevölkerung ist dabei vorrangig auf die mit dem Hochwasser 2002 verbundenen Einschränkungen bei der Raumordnung zurückzuführen. Nach der Fertigstellung des derzeit in Bau befindlichen Stillbachspeichers werden wiederum Baugründe zur Verfügung stehen. Zwischen den Volkszählungen 1991 und 2001 ist die Bevölkerungsanzahl der Marktgemeinde Schlüßlberg um 18 % von 2.541 auf 3.001 Einwohner am stärksten im Bezirk gestiegen. Der Ortskern liegt auf einer Seehöhe von 320 m; die Marktgemeinde erstreckt sich über 19,87 km<sup>2</sup>. Im Gemeindegebiet gibt es neben dem Ortskern weitere 38 Ortschaften, die durch ca. 43 km Gemeindestraßen verbunden sind.

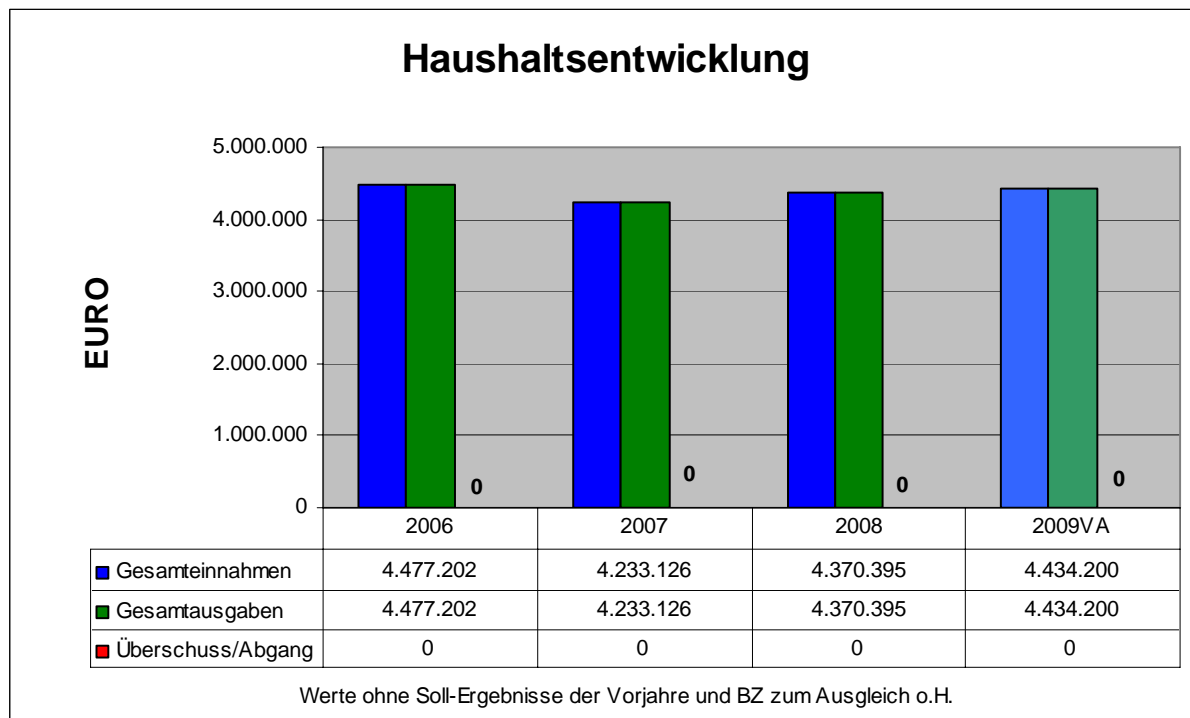
Die Marktgemeinde ist ein beliebter Wohnort, der durch die Lage an der Bundesstraße 137 auch für die Ansiedlung von Betrieben attraktiv ist.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den vergangenen Jahren im weiteren Ausbau der Wasserversorgung, in der Erweiterung und Sanierung des Bauhofes, der Fortführung des Straßenbaues und dem Ankauf eines Feuerwehrfahrzeuges. Weiters sind bei der mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 in Betrieb genommenen Volksschule beträchtliche Kosten für die Zwischenfinanzierung entstanden, da sich die Finanzierung des Vorhabens bis zum Jahr 2010 erstreckt.

Im Voranschlag 2009 liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Erweiterung des Kindergartens und der Errichtung eines Hortes (genehmigter Finanzierungsplan 1.580.900 Euro). Da die Gewährung der Förderungsmittel von 1.053.800 Euro erst in den Jahren 2011 bis 2015 erfolgt, ist mit diesem Vorhaben wiederum ein Aufwand durch die Zwischenfinanzierung verbunden. Im Finanzjahr 2009 ist weiters der Ankauf eines Unimogs samt Zusatzgeräten (genehmigter Finanzierungsplan vom Februar 2009 über 229.212 Euro) vorgesehen; im Voranschlag 2009 wurde dieser Ankauf mangels gesicherter Finanzierung noch nicht berücksichtigt. In der dem Voranschlag 2009 angeschlossenen mittelfristigen Finanzplanung für die Planjahre 2010 bis 2012 sind neben weiteren Ausgaben von 190.000 Euro (Planjahr 2010) für die Erweiterung des Kindergartens und die Horterrichtung nur Ausgaben von jeweils 15.000 Euro in den Planjahren 2010 und 2011 für die Errichtung des Rückhaltebeckens vorgesehen.

# Wirtschaftliche Situation

## Haushaltsentwicklung



Wie der obigen Grafik zu entnehmen ist, konnte die Marktgemeinde den ordentlichen Haushalt in den Jahren 2006 bis 2008 – so wie in den Vorjahren – jeweils ausgleichen. Weiters war es in diesen Jahren möglich, 466.900 Euro (ohne zweckgebundene Interessentenbeiträge) an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen; von diesen Zuführungsbeträgen waren jedoch 370.000 Euro auf die Rückführung von Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes (Zusammenhang mit Zwischenfinanzierungen) zurückzuführen. Das erwirtschaftete Zuführungspotential betrug daher in den Jahren 2006 bis 2008 ca. 96.900 Euro (Finanzjahr 2008 ca. 49.800 Euro), wovon jedoch ca. 51.700 Euro auf die nicht widmungsgemäße Verwendung von Wasseranschlussgebühren in den Jahren 2006 und 2007 entfielen. Weiters konnten in den Jahren 2006 bis 2008 Investitionen im ordentlichen Haushalt von ca. 220.000 Euro durchgeführt werden (davon im Finanzjahr 2008 ca. 91.500 Euro). Der Instandhaltungsaufwand betrug im Vergleichszeitraum insgesamt ca. 353.500 Euro (davon ca. 79.500 Euro im Finanzjahr 2008). Außerdem war es ohne Berücksichtigung der vorgenommenen Zuführungen bei den öffentlichen Einrichtungen (dotiert aus zweckgebundenen Interessenten- und Anschließungsbeiträgen sowie aus Überschüssen beim laufenden Betrieb) möglich, weitere Rücklagenbildung von 238.400 Euro (davon im Finanzjahr 2008 ca. 64.400 Euro) vorzunehmen.

Die positiven Ergebnisse der letzten Jahre konnten vor allem durch die günstige Entwicklung der Steuerkraft, vorrangig bei den Ertragsanteilen, erzielt werden.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 2009 weist zwar noch ein ausgeglichenes Ergebnis auf. Der Ausgleich und die veranschlagte Zuführung von Anteilsbeträgen zu außerordentlichen Vorhaben von 52.000 Euro waren jedoch nur durch die Auflösung von Rücklagen in Höhe von 202.400 Euro möglich.

Nach der Erstellung des Voranschlages wurden die Gemeinden von der Aufsichtsbehörde im März 2009 darüber informiert, dass die für die Erstellung des Voranschlages bekannt gegebenen Prognosewerte der Ertragsanteile auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise um

ca. 4 % geringer ausfallen werden. Der Voranschlag 2009 der Marktgemeinde hat daher zusätzliche Mindereinnahmen von voraussichtlich ca. 83.000 Euro zu verkräften.

*Die Rücklagenzuführung von 74.100 Euro bei der Abwasserbeseitigung – diese stammt aus dem Überschuss bei dieser Einrichtung – sollte unterbleiben und der Überschuss zur Abdeckung von zusätzlichen Belastungen im ordentlichen Haushalt eingesetzt werden.*

*Zur Erzielung des Haushaltsausgleiches wird es daher erforderlichenfalls notwendig sein, die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt entsprechend einzuschränken.*

Eine budgetäre Entlastung ist durch die stark rückläufige Entwicklung der EURIBOR-Sätze bei den Belastungen durch den Zinsendienst zu erwarten.

Durch die veranschlagte Rücklagenentnahme, durch den Verbleib des Überschusses bei der Abwasserbeseitigung im ordentlichen Haushalt (keine Realisierung der veranschlagten Rücklagenzuführung) und durch den verringerten Zinsendienst auf Grund des stark rückläufigen Zinsniveaus müsste es daher im Finanzjahr 2009 möglich sein, den ordentlichen Haushalt auszugleichen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> unter der Voraussetzung, dass es bei der Kommunalsteuer zu keinen größeren Einbrüchen kommt; solche zeichnen sich zumindest bis Anfang Juli 2009 nicht ab.

## Mittelfristiger Finanzplan

Die dem Voranschlag 2009 angeschlossene mittelfristige Finanzplanung für die Planjahre 2009 bis 2012 wurde grundsätzlich sorgfältig erstellt. Durch die oben angeführte ungünstige Entwicklung bei den Ertragsanteilen, die sich auch auf die bekannt gegebenen Prognosewerte für die Jahre 2010 bis 2012 ungünstig auswirkt, ist jedoch die Aussagekraft der mittelfristigen Finanzplanung nach bereits einigen Monaten wesentlich eingeschränkt.

Die mittelfristige Finanzplanung weist für die Planjahre 2010 bis 2012 steigende Abgänge im ordentlichen Haushalt auf; so ist für das Planjahr 2010 ein Abgang von 188.700 Euro, für das Planjahr 2011 ein solcher von 225.500 Euro und für das Planjahr 2012 ein Abgang von 292.800 Euro ausgewiesen. Abgangsmindernd ist dabei zu berücksichtigen, dass die in den Planjahren 2010 bis 2012 vorgesehenen Zuführungen von regulären Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes (insgesamt 127.100 Euro – davon Planjahr 2010 50.000 Euro) zu außerordentlichen Vorhaben auf Grund des Abganges im ordentlichen Haushalt nicht in die Planung aufzunehmen gewesen wären.

*Bei der Erstellung des Voranschlages 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung ist zu berücksichtigen, dass die Zuführung von Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes zu außerordentlichen Vorhaben nur bei einem ausgeglichenen ordentlichen Haushalt zulässig ist; dies ist auch in Fällen zu beachten, in denen im genehmigten Finanzierungsplan Zuführungen vorgesehen sind.*

*Zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs im Finanzjahr 2010 und in den Folgejahren ist eine Zuführung des Überschusses bei der Abwasserbeseitigung (Planjahr 2010 112.200 Euro, 2011 124.100 Euro und 2012 134.000 Euro) nicht vorzunehmen. Der Überschuss soll – soweit er nicht aus zweckentsprechend zu verwendenden Anschlussgebühren resultiert – zur Erzielung des Haushaltsausgleichs eingesetzt werden.*

*Zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs im Finanzjahr 2010 sind auch nicht zweckgebundene Rücklagen<sup>2</sup> aufzulösen.*

Entlastende Effekte für das Finanzjahr 2010 dürften aus heutiger Sicht durch eine verringerte Belastung beim Zinsaufwand eintreten.

*Soweit eine Berücksichtigung der angeführten Faktoren nicht ausreichen sollte, im Finanzjahr 2010 den Haushaltsausgleich zu erreichen, ist bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung eine Anhebung der Bezugs- bzw. Benützungsgebühren auf 20 Cent über den Mindestgebühren des Landes Oberösterreich vorzunehmen.*

*Eine weitere Maßnahme zur kurz- und mittelfristigen Entlastung des ordentlichen Haushaltes stellt auch die Verlängerung der Laufzeit von 25 auf 33 Jahre bei den Darlehen für den Siedlungswasserbau dar, wodurch der jährliche Tilgungsaufwand und damit die Höhe des Annuitätendienstes verringert werden kann (sh. Erlass der Aufsichtsbehörde vom 30. Jänner 2008, IKD(Gem)-300030/206-2008-Sec).*

Ein Unsicherheitsfaktor bei der Einschätzung der budgetären Lage für das Jahr 2010 ist vor allem auch die Entwicklung der Kommunalsteuer.

Eine über das Finanzjahr 2010 hinausgehende Einschätzung der finanziellen Entwicklung im ordentlichen Haushalt der Marktgemeinde stößt derzeit auf Grund der nicht absehbaren Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise an ihre Grenzen.

---

<sup>2</sup> d.s. vorrangig Rücklagen, die nicht aus zweckgebundenen Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen gebildet wurden.

*Durch die oben angeführten Maßnahmen sollte jedoch versucht werden, auch in den Folgejahren den Haushaltsausgleich zu erzielen.*

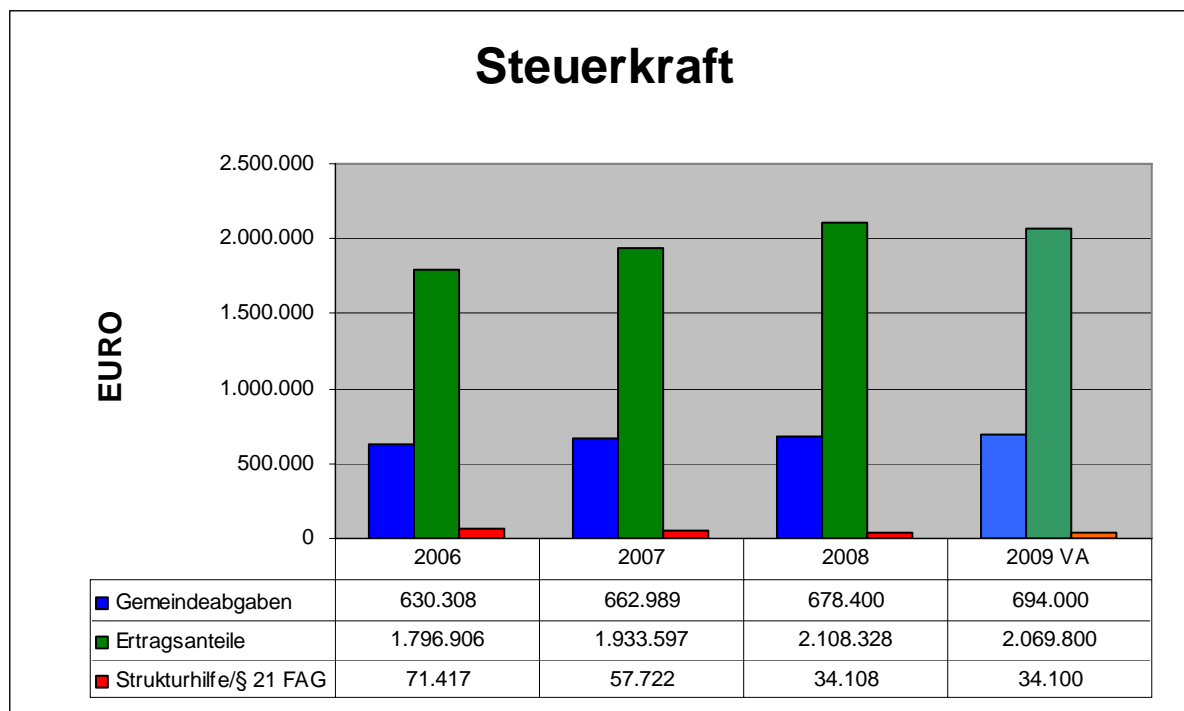
Im Voranschlag 2009 liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Erweiterung des Kindergartens und der Errichtung eines zweigruppigen Hortes (veranschlagte Ausgaben von 1.410.000 Euro). Neben der Darstellung von Zwischenfinanzierungen sind im Voranschlag 2009 nur mehr geringfügige Ausgaben von 2.000 Euro für Lärmschutzmaßnahmen und 38.600 Euro für den weiteren Ausbau der Wasserversorgung veranschlagt. Der Ankauf eines Unimogs mit Zusatzgeräten wurde mangels genehmigter Finanzierung vorerst nicht in den Voranschlag aufgenommen; hierfür liegt zwischenzeitlich eine von der Aufsichtsbehörde genehmigte Finanzierung über 229.212 Euro vor (davon 79.212 Euro Eigenmittel der Gemeinde – Erbringung der Eigenmittel ist durch Rücklagenentnahme gesichert). Straßenbauvorhaben wurden mangels gesicherter Finanzierung vorerst im Voranschlag 2009 nicht berücksichtigt.

Der Investitionsplan für die Jahre 2010 bis 2012 umfasst nur Ausgaben von 220.000 Euro, wovon 190.000 Euro auf die Kindergarten-Erweiterung und den Hortneubau entfallen; 30.000 Euro entfallen auf die Beitragsleistung der Marktgemeinde für die Errichtung des Rückhaltebeckens am Still- bzw. am Zinserlbach.

*Bei der Erarbeitung des Investitionsplanes für die mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2013 ist zu berücksichtigen, dass bei der Durchführung von außerordentlichen Vorhaben Eigenmittel der Marktgemeinde (ausgenommen Rücklagen – sh. Seite 22) nicht bzw. nur in einem sehr eingeschränkten Umfang zur Verfügung stehen werden.*



## Finanzausstattung



Die Steuerkraft der Marktgemeinde setzte sich im Finanzjahr 2008 zu 24 % aus Gemeindeabgaben und zu 76 % aus den Ertragsanteilen und der Strukturhilfe zusammen. Von den Gemeindeabgaben entfielen ca. 474.200 Euro auf die Kommunalsteuer und ca. 192.000 Euro auf die Grundsteuer A und B.

Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 sind die Gemeindeabgaben von ca. 630.300 Euro auf ca. 678.400 Euro und somit um 7,63 % gestiegen, während sich die Ertragsanteile von ca. 1.796.900 Euro auf ca. 2.108.300 Euro um 17,33 % erhöht haben. Bedingt durch den unterdurchschnittlichen Anstieg der Bevölkerung sind die für die Erstellung des Voranschlags 2009 bekannt gegebenen Ertragsanteile rückläufig. Bereits ohne den zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags 2009 noch nicht bekannten voraussichtlichen Rückgang bei den Ertragsanteilen lag die veranschlagte Steuerkraft 2009 um ca. 23.000 Euro unter dem Rechnungsergebnis 2008. Durch die verringerten Prognosewerte für die Ertragsanteile ist mit weiteren Mindereinnahmen von ca. 83.000 Euro zu rechnen.

Die Marktgemeinde Schlüßlberg liegt bezogen auf die Finanzkraft für das Jahr 2007 mit einer Kopfquote von 874 Euro in Oberösterreich an der 183. Stelle (Durchschnitt 1.117 Euro) und im Bezirk Grieskirchen an der 14. Stelle (durchschnittliche Kopfquote von 925 Euro).

### Kommunalsteuer

In der Marktgemeinde haben ca. 90 kommunalsteuerpflichtige Betriebe ihren Standort, von denen teilweise nur in untergeordnetem Ausmaß Kommunalsteuer anfiel. Insgesamt vereinnahmte die Marktgemeinde im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 Kommunalsteuereinnahmen von 460.000 Euro. In den letzten 10 Jahren kam es bei der Kommunalsteuer zu Mehreinnahmen von insgesamt 45,9 %. Die stichprobenweise Durchsicht der Steuerkonten der Betriebe zeigte, dass die Kommunalsteuer weitestgehend pünktlich entrichtet wird.

*Ergänzend wird angemerkt, dass Abgabepflichtigen, welche die Frist zur Einreichung einer Abgabenerklärung nicht wahren, ein Zuschlag bis zu 10 % der festgesetzten Abgabe auferlegt werden kann.*

## **Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge**

Die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 erfolgte erstmals im Jahr 1999, sodass die letzte der fünf Raten im Jahr 2003 fällig wurde. Im Finanzjahr 2007 sind daher nur mehr geringfügige Einnahmen aus den Aufschließungsbeiträgen (Vorschreibungen nach Neuaufschließungen) von ca. 7.400 Euro angefallen.

Im Finanzjahr 2004 wurden erstmals Erhaltungsbeiträge eingehoben. Die diesbezüglichen Einnahmen betragen im Jahr 2008 19.217,20 Euro. Die Einnahmen aus den Erhaltungsbeiträgen wurden im Betrachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 jeweils einer Rücklage zugeführt.

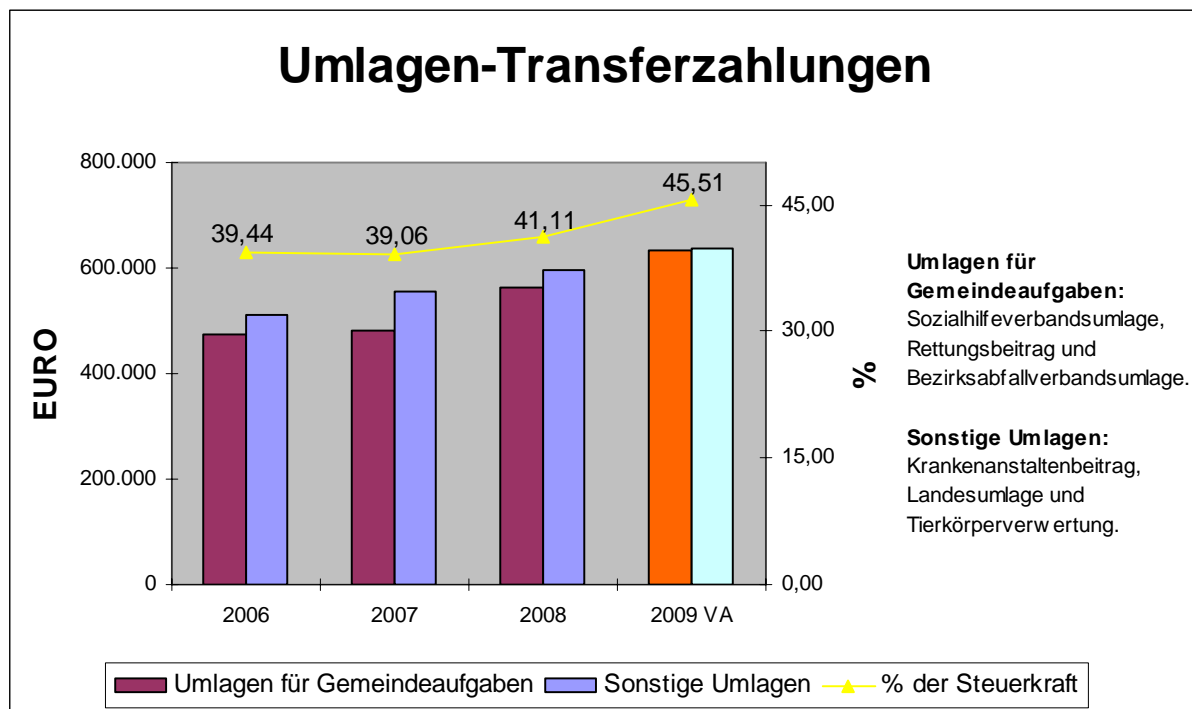
## **Steuer- und Gebührenrückstände**

Der Rechnungsabschluss 2008 weist in den Gruppen 8 und 9 Steuer- und Gebührenrückstände (inkl. Interessenten- und Aufschließungsbeiträge) von ca. 21.700 Euro auf; davon entfällt der Großteil (etwa 17.000 Euro) auf wenige säumige Zahler, bei denen teilweise auch der Versuch einer zwangsweisen Einbringung erfolgte.

Es wurde jedenfalls der Eindruck gewonnen, dass die Marktgemeinde mit Erfolg darum bemüht ist, die Rückstände in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

*Hinsichtlich einzelner vorgeschriebener und bisher nicht beglichener Interessenten- und Aufschließungsbeiträge ist eine Klärung herbeizuführen. Sollten alle Möglichkeiten der Einbringung erfolglos versucht worden sein und sind Einbringungsmaßnahmen offenkundig aussichtslos, wäre auch eine Abschreibung der Abgabeschulden in Erwägung zu ziehen.*

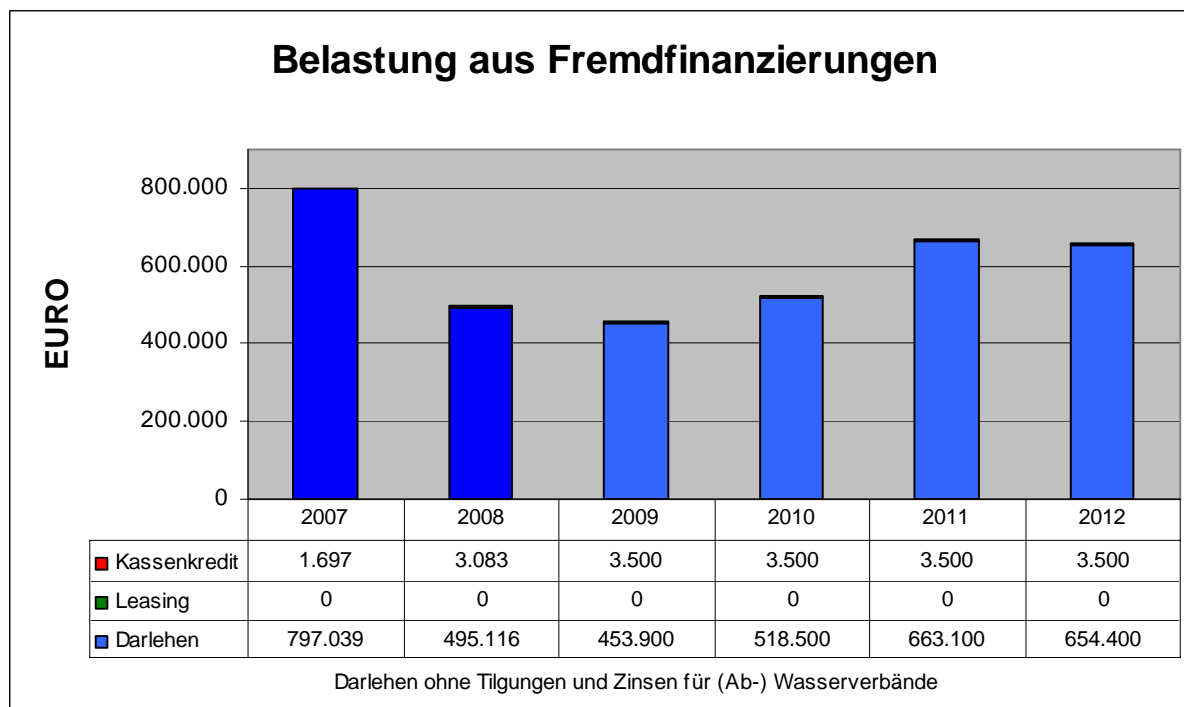
## Umlagen



Die Umlagen-Transferzahlungen sind im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 von ca. 985.600 Euro auf ca. 1.159.600 Euro gestiegen; dies entspricht einer Steigerung von 17,66 %. Im Vergleichszeitraum hat sich die Steuerkraft der Marktgemeinde hingegen nur um 12,90 % erhöht. Besonders ins Gewicht gefallen sind dabei die von 2006 bis 2008 um ca. 96.200 Euro (Anstieg von 22,51 %) gestiegene Sozialhilfe-Verbandsumlage und der in diesem Zeitraum um ca. 68.000 Euro (Anstieg von 16,90 %) gestiegene Krankenanstaltenbeitrag. Im Voranschlag 2009 ist gegenüber dem Finanzjahr 2008 ein weiterer Anstieg der Umlagen-Transferzahlungen auf 1.273.300 Euro (Steigerung um 9,80 %) veranschlagt.

Die gestiegenen Umlagen-Transferzahlungen für das Jahr 2009 in Verbindung mit der ungünstigen Entwicklung bei den Ertragsanteilen stellen den wesentlichsten Faktor für die angespannte finanzielle Lage der Marktgemeinde im Voranschlag 2009 dar. Durch die mit dem Voranschlags-Runderlass für 2009 bekannt gegebenen Prognosewerte für die Sozialhilfe-Verbandsumlage und den Krankenanstaltenbeitrag ist auch für die Planjahre 2010 bis 2012 mit weiteren zusätzlichen Belastungen durch die Umlagen-Transferzahlungen zu rechnen.

## Fremdfinanzierungen



### Darlehen

Der Stand der Darlehen betrug am Ende des Finanzjahres 2008 5.356.934,90 Euro, wovon 3.366.420,56 Euro auf die normalverzinsten Darlehen für die Siedlungswasserbauten entfielen. Für den Siedlungswasserbau wurden zusätzlich auch 236.532,90 Euro an Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich (vorerst zinsen- und tilgungsfrei) aufgenommen. Der Rest entfiel auf normalverzinsten Darlehen für die übrigen Bereiche der Gemeindeverwaltung (z.B. Volksschule, Straßenbau, Lärmschutz, Gesundheits- und Dienstleistungszentrum).

Der Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2008 – nach Abzug des Aufwandes für die Zwischenfinanzierung des Volksschulneubaues von 81.248,05 Euro – 413.867,65 Euro, wodurch 9,47 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden waren. Im Finanzjahr 2007 betrug der Annuitätendienst ca. 797.000 Euro, wobei jedoch ca. 369.900 Euro ebenfalls auf die Tilgung des Zwischenfinanzierungsdarlehens entfielen. Wie der Grafik zu entnehmen ist, steigen vor allem in den Jahren 2011 und 2012 die Belastungen durch den Annuitätendienst wieder stärker an, wobei in den angeführten Jahren jedoch jeweils 193.200 Euro an Tilgungen für das Zwischenfinanzierungsdarlehen für den Kindergarten- und Hortbau anfallen.

Der Zinsaufwand für das Jahr 2009 und die Planjahre bis 2012 wurde im Herbst 2008 auf Basis der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Tilgungspläne erstellt. Durch den rapiden Rückgang der maßgeblichen Indikatoren für die Höhe der Verzinsung ist hier zumindest für das Jahr 2009 und 2010 mit einem deutlichen Rückgang des Aufwandes zu rechnen.

Die Konditionen der normalverzinsten Darlehen sind, abgesehen von einigen fixverzinsten Darlehen, hauptsächlich an die Entwicklung des 6-Monats-EURIBOR-Satzes mit Aufschlägen zwischen 0,00%-Punkten und 0,14%-Punkten gekoppelt; es ist daher von einer marktkonformen Verzinsung auszugehen. Ein Darlehen (Vermögenskonto 7 0041 10 – Stand Ende 2008 281.117,63 Euro) weist einen Aufschlag von 0,90%-Punkten auf.

Einige Darlehen weisen eine Koppelung an die Sekundärmarktrendite Bundesanleihen, mit Abschlägen zwischen 0,1918 %-Punkten und Aufschlägen von 0,39 %-Punkten auf. Die beiden Darlehen mit den höchsten Aufschlägen weisen jedoch nur mehr sehr geringe Stände auf und laufen im Finanzjahr 2009 aus. Auch die übrigen an die Sekundärmarktrendite gekoppelten Darlehen laufen in den nächsten Jahren aus, weshalb eine Ankoppelung der Verzinsung an die derzeit wesentlich günstigeren EURIBOR-Sätze bzw. die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen mit den Geldinstituten oder die Umschuldung nicht mehr als zweckmäßig angesehen werden.

Drei Darlehen<sup>3</sup> weisen eine fixe Verzinsung zwischen 4,94 und 5,10 % p.a. auf. In der Hochzinsphase (beispielsweise im 3. Quartal 2008) war diese Verzinsung zu vertreten. Durch den rapiden Rückgang der Werte für den EURIBOR<sup>4</sup> liegt derzeit eine ungünstige Zinsbelastung bei diesen Darlehen vor. In den Darlehensverträgen ist eine vorzeitige Rückzahlung zwar möglich, wobei jedoch eine 5 %ige Vorfälligkeitsentschädigung verrechnet wird.

*Es sollte daher durch Verhandlungen mit den Geldinstituten oder durch eine Umschuldung eine deutliche Verringerung der Zinsbelastung erreicht werden. Allenfalls ist auch zu überlegen, durch einen externen Berater eine Optimierung bei den Darlehen zu erreichen. Die Empfehlung zu den Verhandlungen bzw. den Umschuldungen gilt auch für die "EUR-ISDA-Fix-Darlehen"<sup>5</sup> und das oben erwähnte Darlehen mit einem Aufschlag von 0,90 %-Punkten auf den 6-Monats-EURIBOR-Satz.*

## **Kassenkredit**

Nach einer vorherigen Ausschreibung hat die Marktgemeinde für das Finanzjahr 2008 mit dem Bestbieter einen Kassenkredit über einen Rahmen von 700.000 Euro abgeschlossen. Die Verzinsung war an die Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR-Satzes mit einem Aufschlag von 0,13 %-Punkten gekoppelt; im 4. Quartal des Jahres 2008 betrug die Verzinsung 5,332 % p.a. Der vereinbarte Aufschlag bei der Verzinsung ist als marktkonform einzustufen. Der Zinsaufwand für die Inanspruchnahme des Kassenkredites betrug im Finanzjahr 2008 3.082,86 Euro.

## **Leasing**

Es bestehen keine Leasingverpflichtungen.

## **Haftungen**

Die Marktgemeinde ist Mitglied des Reinhaltungsverbandes Trattnachtal und hat für den Ausbau der Abwasserbeseitigung gegenüber dem Verband Haftungen übernommen. Der Haftungsstand betrug am Ende des Finanzjahres 2008 676.871,71 Euro. Die mit den Haftungen verbundenen Darlehensrückzahlungen und der damit im Zusammenhang stehende Zinsendienst belasten den Unterabschnitt Abwasserbeseitigung.

---

<sup>3</sup> Darlehenskonto 7 0020 10, Stand Ende 2008 ca. 47.000 Euro, Darlehenskonto 7 1301 20, Stand Ende 2008 ca. 583.200 Euro und Darlehenskonto 7 1026 20, Stand Ende 2008 100.000 Euro

<sup>4</sup> 6-Monats-EURIBOR für September 2008 5,22 %, März 2009 1,77 %

<sup>5</sup> Darlehenskonto 7 0040 10, Stand Ende 2008 ca. 96.200 Euro, Verzinsung fix 5,635 % p.a.; Darlehenskonto 7 1021 20, Stand Ende 2008 ca. 173.700 Euro, Verzinsung 4,923 % p.a.; Darlehenskonto 7 1022 20, Stand Ende 2008 ca. 237.500 Euro, Verzinsung 4,78 % p.a.

## Rücklagen

Im Rücklagennachweis wird am Ende des Finanzjahres 2008 ein Stand von 461.857,39 Euro ausgewiesen. Zusätzlich ist jedoch zu berücksichtigen, dass im außerordentlichen Haushalt 357.192,46 Euro als innere Darlehen zur Zwischenfinanzierung herangezogen wurden. Am Ende des Finanzjahres 2008 ist daher von einem Rücklagenstand von 819.049,85 Euro auszugehen. Während des Haushaltsjahres 2008 wurden auch 270.000 Euro zur vorübergehenden Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen. Die Verwendung von Rücklagen zur Zwischenfinanzierung im außerordentlichen Haushalt und zur vorübergehenden Verstärkung des Kassenbestandes wird als zweckmäßig angesehen, da dadurch der Aufwand für die Zwischenfinanzierung eingedämmt werden kann.

Die Verzinsung der Rücklagen betrug im Jahr 2008 bis Oktober 3,5 % und anschließend 4 % p.a. Diese Verzinsung ist als marktkonform einzustufen.

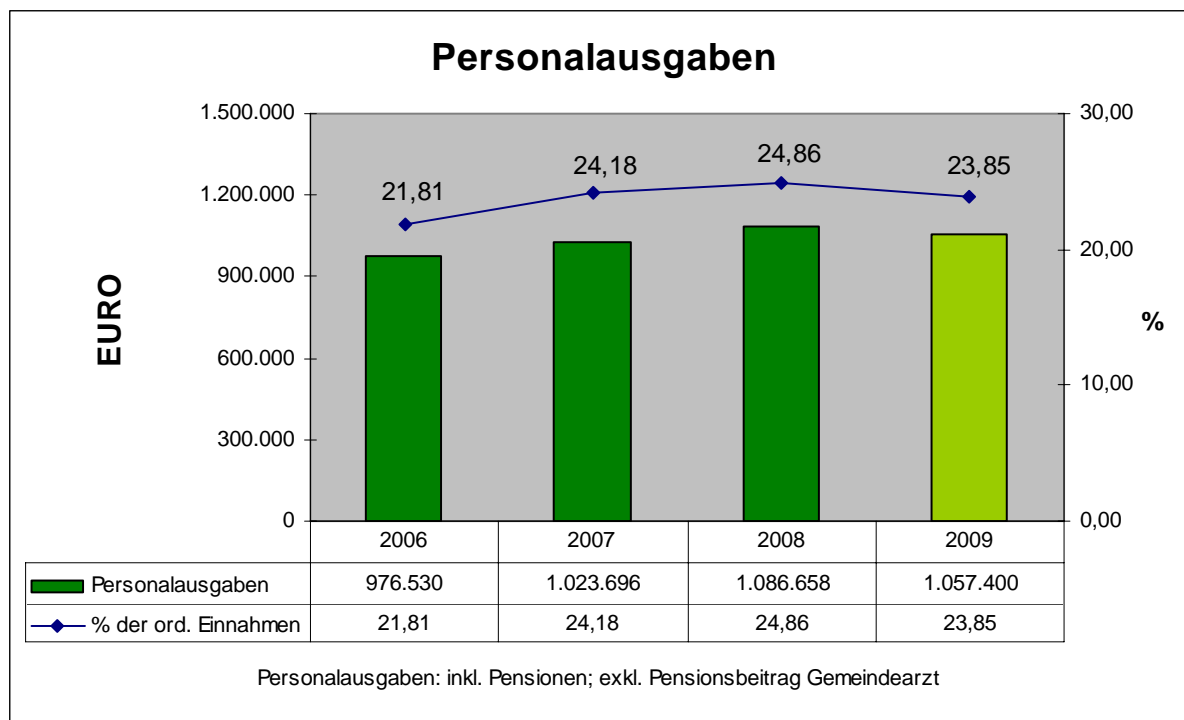
Die Rücklagen entfallen auf 22 verschiedene Rücklagen und sind auf ebenso vielen Sparbüchern veranlagt. Im Lichte der angespannten finanziellen Lage der Marktgemeinde stellt sich daher die Frage, welche Mittel zur Herstellung des Haushaltsausgleiches herangezogen werden können. In der folgenden Aufstellung wird eine vereinfachte Zuordnung der Rücklagen unter Einbeziehung der vorübergehend zur Zwischenfinanzierung im außerordentlichen Haushalt herangezogenen Mittel vorgenommen (Beträge in Euro):

Bezeichnung der Rücklage	Stände Ende 2008	zweckgebunden	verfügbar
Abfertigung	20.000,00	---	20.000,00
Kindergarten	55.505,39	55.505,39	---
Fuhrpark	121.836,39	79.212,00	42.624,39
Abfallbeseitigung	41.642,08	41.642,08	---
Wohnungen	58.278,17	58.278,17	---
Wasserversorgung (davon Erhaltungsbeiträge 6.413,40 Euro)	31.755,74	25.342,34	6.413,40
Abwasserbeseitigung (davon Erhaltungsbeiträge 64.871,02 Euro)	217.357,05	152.486,03	64.871,02
Sportanlage	50.301,02	---	50.301,02
Aufschließungsbeiträge Straße und Straßenbaurücklage (355,43 Euro)	13.021,23	13.021,23	---
div. Rücklagen (FF, Sozialrücklage, Grundankauf)	3.858,90	---	3.858,90
Infrastrukturelle Maßnahmen	205.493,88	---	205.493,88
	<b>819.049,85</b>	<b>425.487,24</b>	<b>393.562,61</b>

Von den frei verfügbaren Mitteln werden im Voranschlag des Finanzjahres 2009 202.400 Euro für die Herstellung des Haushaltsausgleiches herangezogen.

*Die noch verbleibenden Mittel sind in den Folgejahren zur Vermeidung eines Abganges im ordentlichen Haushalt einzubringen.*

## Personal



Die Personalkosten (inkl. Pensionsbeiträge für Gemeindebeamte) stiegen von 976.530 Euro im Jahr 2006 auf 1.086.658 Euro im Jahr 2008. Der Anstieg des Personalaufwandes ist im Wesentlichen auf die jährlichen Bezugserhöhungen einschließlich der Biennalvorrückungen sowie auf den im Kindergarten gestiegenen Personalaufwand von ca. 290.400 Euro im Jahr 2006 auf ca. 320.400 Euro im Jahr 2008 zurückzuführen; außerdem haben sich im angeführten Zeitraum die von der Marktgemeinde zu leistenden Pensionsbeiträge für die Gemeindebeamten um ca. 10.000 Euro erhöht.

Im Voranschlag 2009 ist mit 1.057.400 Euro ein rückläufiger Personalaufwand veranschlagt. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die im Bauhof ab Mitte des Jahres 2008 erfolgte Personalreduktion zurückzuführen; die für den langjährigen Bauhofarbeiter im Jahr 2008 gewährte Abfertigung hat sich noch erhöhend auf den Personalaufwand ausgewirkt.

Die Personalkosten teilten sich im Finanzjahr 2008 im Wesentlichen wie folgt auf:

Verwaltung	10,00 PE <sup>6</sup>	407.443 Euro
Reinigung Gemeindeamt	0,81 PE	41.677 Euro
Reinigung Volksschule	1,50 PE	
Kindergarten einschl. Ausspeisung	7,16 PE	320.434 Euro
Bauhof	4,00 PE	193.936 Euro

## Allgemeine Verwaltung

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 2.501 bis 3.500 Einwohnern können nach der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 bis zu neun vollbeschäftigte Dienstposten

<sup>6</sup> Der Personalstand am Ende des Finanzjahres 2008 umfasste auch noch eine Bedienstete, die im Frühjahr 2009 unter das Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz fiel und für die bereits im Vorfeld eine Ersatzkraft aufgenommen wurde.

geschaffen werden. Der genehmigte Dienstpostenplan sieht zehn Planstellen vor, die aktuell mit neun Personaleinheiten besetzt sind. Die im Vergleich mit der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung festgesetzte höhere Anzahl an Bediensteten im Dienstpostenplan ist auf die bestehende Postpartnerschaft zurückzuführen. Für diesen Bereich ist derzeit eine Bedienstete mit einem Beschäftigungsausmaß von ca. 60 % der Vollbeschäftigung eingesetzt. In der eigentlichen Gemeindeverwaltung werden daher derzeit 8,4 PE verwendet, weshalb im Hinblick auf das Aufgabenspektrum der Marktgemeinde von einem angemessenen Personaleinsatz auszugehen ist.

Der Geschäftsverteilungsplan vom 1. Dezember 2003 entspricht nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten.

*Der Geschäftsverteilungsplan ist durch einen neuen zu ersetzen.*

Für die Reinigung im Marktgemeindeamt werden 0,81 Personaleinheiten und in der Volksschule 1,5 Personaleinheiten eingesetzt. Die Marktgemeinde hat vor der Aufnahme des Schulbetriebes durch einen externen Berater eine Analyse des notwendigen Personaleinsatzes vornehmen lassen; in die Analyse wurde auch der Reinigungsaufwand im Marktgemeindeamt einbezogen. Die Personalaufnahmen erfolgten auf der Grundlage der Analyse. Es ist daher auch im Bereich der Reinigung von einem angemessenen Personaleinsatz auszugehen.

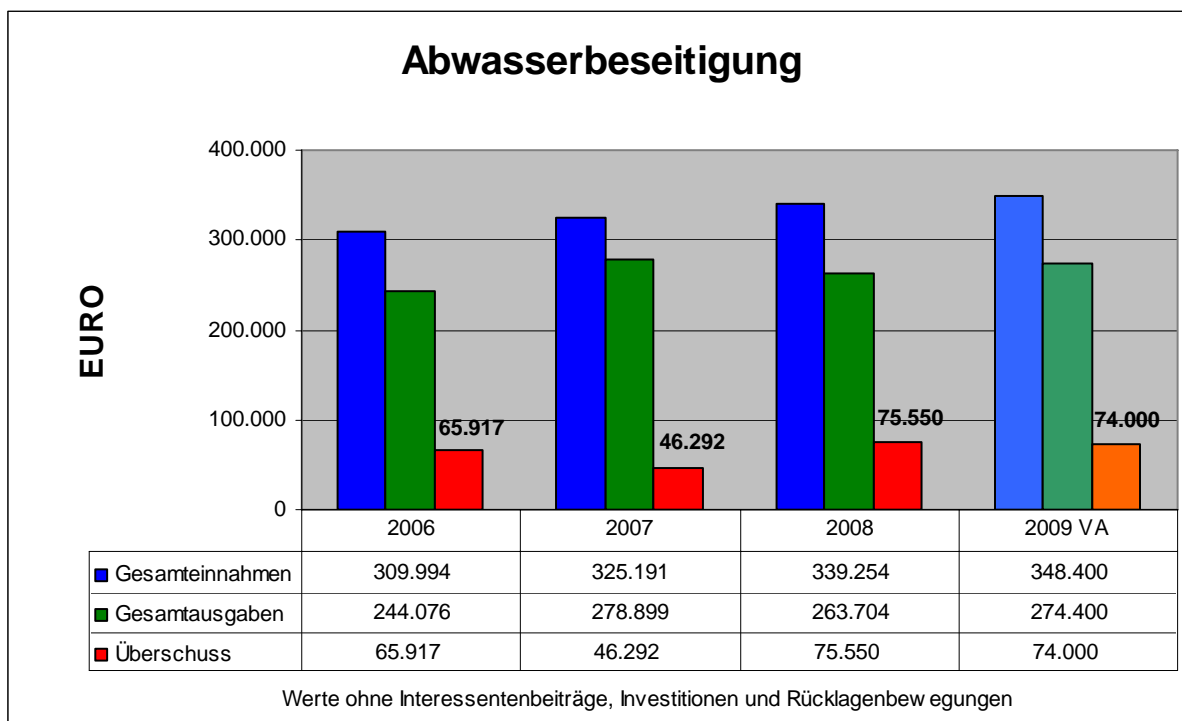
*Die Einführung der Gleitzeit wäre im Hinblick auf die damit auch für den Dienstgeber verbundenen Vorteile (positive Auswirkungen bezüglich des ansonsten mit 1:1,5 anfallenden Zeitausgleiches) in Erwägung zu ziehen. Auf die erlassmäßige Regelung des Amtes der Oö. Landesregierung vom 19. November 2001, Gem-200167/14-2001-Shu/Shz, über die flexible Dienstzeit wird ergänzend hingewiesen.*

Die personelle Ausstattung im Kindergarten und im Bauhof wird unmittelbar bei diesen Einrichtungen auf den Seiten 30 und 38 erörtert.



# Öffentliche Einrichtungen

## Abwasserbeseitigung



Die Abwässer werden im Ortskanalnetz der Marktgemeinde Schlüßlberg gesammelt und in der Verbandskläranlage des Reinhaltungsverbandes Trattnachtal gereinigt. Die Anschlussdichte lag zum Zeitpunkt der Gebarungsprüfung (bezogen auf das gesamte Gemeindegebiet) bei ca. 83 %. Die Anschlussdichte innerhalb der gelben Linie lag jedoch bei rund 99 %, wodurch annähernd eine flächendeckende Entsorgung gewährleistet wird. Auf Grund von angestellten Wirtschaftlichkeitsberechnungen ist geplant, zukünftig noch weitere Ortschaftsteile (außerhalb der gelben Linie) zu erschließen.

Wie die obige Graphik zeigt, weisen die Gebarungsergebnisse des laufenden Betriebes (ohne Berücksichtigung der Interessentenbeiträge, Investitionen und Rücklagenbewegungen) in den vergangenen Jahren jeweils positive Ergebnisse auf. Es konnte daher in den vergangenen Jahren u.a. aus den erzielten Überschüssen jeweils eine Rücklagenbildung vorgenommen werden.

Auf Grund der Kanalgebührenordnung wurde im Finanzjahr 2008 eine Kanalbenutzungsgebühr von 3,10 Euro pro m<sup>3</sup> sowie zusätzlich eine jährliche Grundgebühr von 15,45 Euro (jeweils exkl. USt.) pro angeschlossener Liegenschaft vorgeschrieben.

Im Laufe des Finanzjahres 2004 wurde zusätzlich eine Bereitstellungsgebühr von 13,6 Cent pro m<sup>2</sup> Grundstücksfläche für angeschlossene aber unbebaute Grundstücke eingeführt.

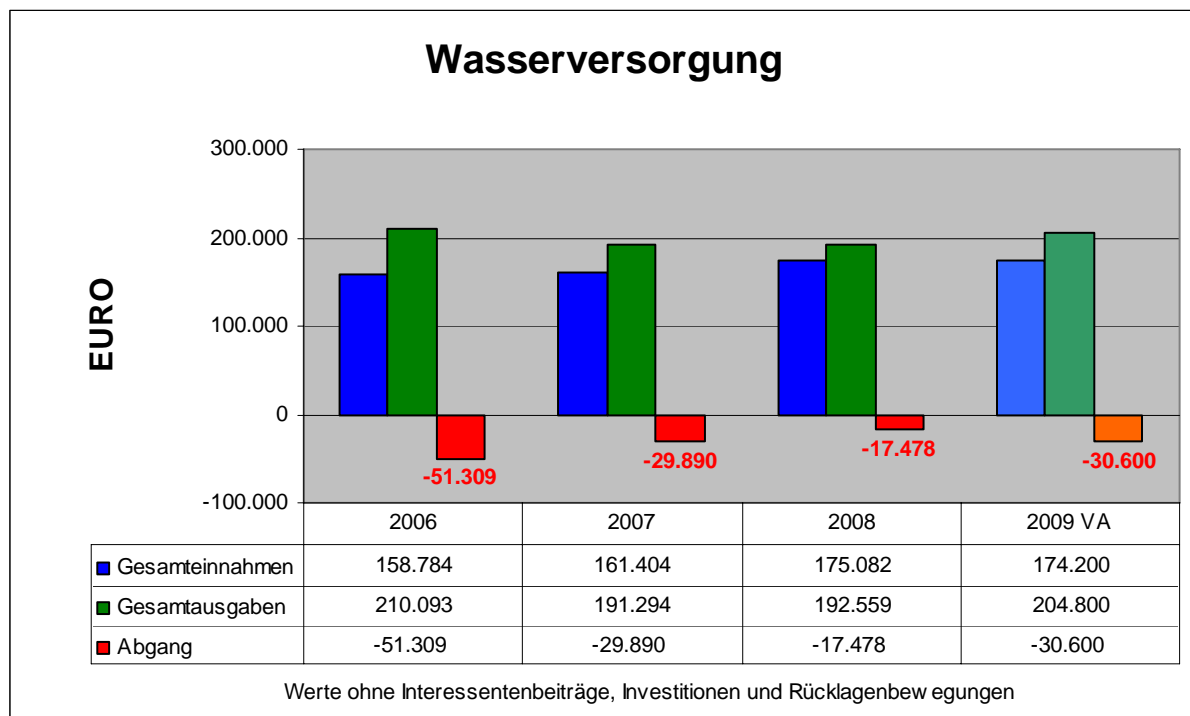
Die vom Land Oö. vorgegebenen Mindestanschlussgebühren für die Herstellung eines Kanalanschlusses wurden jeweils eingehoben.

Grundsätzlich schwierig gestaltet sich in allen Gemeinden die Vorschreibung von ergänzenden Kanalanschlussgebühren, da die diesbezügliche Meldebereitschaft von nachträglichen gebührenrelevanten Änderungen begrenzt ist, wobei diese Tendenz durch

die Vereinfachungen im baubehördlichen Verfahren zusätzlich begünstigt wird. Positiv zu erwähnen ist, dass seitens der Marktgemeinde in den vergangenen Jahren begonnen wurde, Erhebungen hinsichtlich gebührenrelevanter Tatbestände (Auf-, Zu-, Ein- oder Umbau mit Vergrößerung der Bemessungsgrundlage) durchzuführen. Dadurch kam es zu Nachforderungen von rund 26.600 Euro.

*Nachdem die diesbezüglichen Erhebungen bisher in drei Ortschaften vorgenommen wurden, sind diese im Sinne einer Gleichbehandlung der Gemeindebürger sowie der Ausschöpfung der Einnahmequellen auf das restliche Gemeindegebiet auszuweiten.*

## Wasserversorgung



Von der Wasserversorgung der Marktgemeinde Schlüßlberg werden derzeit rund 82 % der Einwohner versorgt. 62 Liegenschaften werden dabei durch das Wasserversorgungsnetz der Marktgemeinde Bad Schallerbach, 8 durch die Wassergenossenschaft Pichl bei Wels sowie 6 durch das Versorgungsnetz der Marktgemeinde Gallspach versorgt. Weitere Ausbaumaßnahmen am Versorgungsnetz sind derzeit nicht vorgesehen.

Wie der Grafik zu entnehmen ist, erzielte diese Einrichtung in den vergangenen Jahren jeweils Abgänge im laufenden Betrieb. Das Ergebnis des Jahres 2006 ist vor allem auf die erhöhten Ausgaben im Zusammenhang mit Problemen bei der Wasserqualität zurückzuführen. Im Jahr 2007 wurde für das außerordentliche Vorhaben "Wirtschaftshof" ein Beitrag von 15.000 Euro aus dem Betrieb der Wasserversorgung geleistet. Der Voranschlag für das Finanzjahr 2009 weist ebenfalls einen Abgang auf.

Ausschlaggebend für die negativen Ergebnisse ist weiters die Entwicklung des Aufwandes für den Schuldendienst (nach Abzug der Schuldendienstsätze), der sich im Zusammenhang mit der Bautätigkeit in den letzten 10 Jahren von etwa 7.700 Euro im Jahr 1999 auf rund 90.600 im Jahr 2008 erhöht hat.

Zum Ausgleich des Unterabschnittes wurden einerseits Rücklagenmittel entnommen und andererseits Anschlussgebühren teilweise nicht zweckgebunden verwendet. So wurden im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 Wasseranschlussgebühren von rund 51.700 Euro keiner zweckgebundenen Verwendung zugeführt. Entsprechend dem Voranschlag für das Jahr 2009 verbleiben ebenfalls 15.000 Euro an Anschlussgebühren im ordentlichen Haushalt.

*Anschlussgebühren stellen zweckgebundene Einnahmen dar. Diese sind im Jahr der Vereinnahmung für zweckgebundene Investitionen heranzuziehen bzw. einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen.*

Wie bei der Abwasserbeseitigung wurden Erhebungen bezüglich gebührenrelevanter Auf-, Zu-, Ein- oder Umbauten mit einer Vergrößerung der Bemessungsgrundlage vorgenommen. Die vereinnahmten Ergänzungsgebühren beliefen sich auf rund 15.300 Euro.

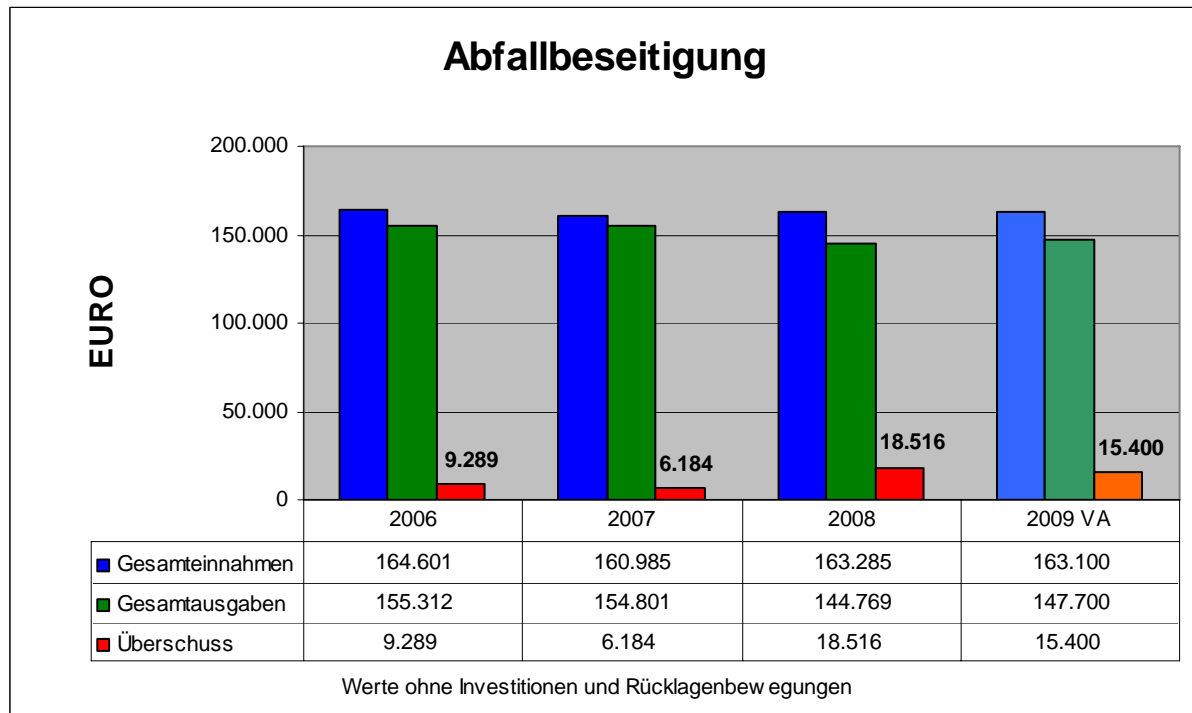
Auf Grund der Wassergebührenordnung der Marktgemeinde wurde im Finanzjahr 2008 eine Wasserbezugsgebühr von 1,25 Euro pro m<sup>3</sup> eingehoben (für den in Teilbereichen erforderlichen Wasserbezug über die Drucksteigerungsanlage wird ein Aufschlag von 0,06 Euro pro m<sup>3</sup> verrechnet). Die Bezugsgebühr orientierte sich an der erlassmäßig vorgegebenen Mindestgebühr. Zusätzlich wird pro Liegenschaft eine Grundgebühr von 15,45 Euro (Beträge jeweils exkl. USt.) eingehoben. Für die Bereitstellung, Instandhaltung, Reparatur und Eichung eines Wasserzählers werden seit dem Jahr 2007 weiters 2,18 Euro (Durchlaufmenge 3 -7 m<sup>3</sup> pro Stunde) bzw. 5,55 Euro (Durchlaufmenge bis zu 20 m<sup>3</sup> pro Stunde) pro Quartal vorgeschrieben.

Wie bei der Abwasserbeseitigung wurde auch bei der Wasserversorgung im Laufe des Finanzjahres 2004 zusätzlich eine Bereitstellungsgebühr (6 Cent pro m<sup>2</sup> Grundstücksfläche) für angeschlossene unbebaute Grundstücke eingeführt.

Der Gebührenkalkulation der Marktgemeinde ist zu entnehmen, dass sowohl bei ausgabendeckender als auch bei kostendeckender Betrachtungsweise Abgänge in der Vergangenheit entstanden sind und auf Grund der vorgenommenen Kalkulationen auch in den Folgejahren entstehen werden. Nachdem Fixkosten grundsätzlich den größten Anteil an den Gesamtkosten darstellen, könnte die Erhöhung der Grundgebühr diesem Umstand entsprechend Rechnung tragen. Auch bei ungewöhnlich niedrigem Wasserverbrauch (ein solcher liegt auch teilweise bei Liegenschaften in der Marktgemeinde Schlüßlberg vor) stellt eine entsprechende Grundgebühr die einzige Möglichkeit dar, die hohen Kosten der Herstellung der Infrastruktur zu refinanzieren.

*Im Hinblick auf die Kostensituation bei dieser Einrichtung sowie die zunehmend schwierige finanzielle Situation im ordentlichen Haushalt (sh. auch Seite 13 ff.) scheint es für die Zukunft sinnvoll, eine höhere Grundgebühr festzusetzen.*

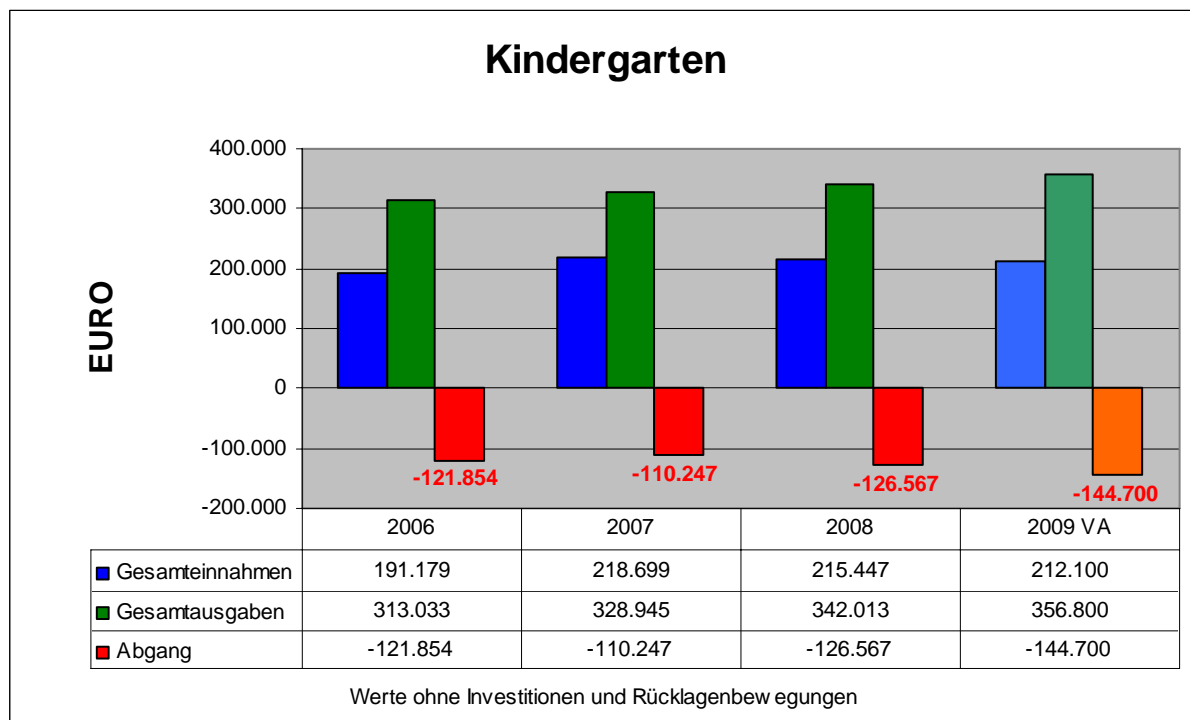
## Abfallbeseitigung



Wie der obigen Grafik zu entnehmen ist, wurde bei dieser Einrichtung im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 insgesamt ein Überschuss von rund 34.000 Euro erzielt; der Voranschlag 2009 lässt einen Überschuss von 15.400 Euro erwarten. Die Überschüsse wurden dabei einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt bzw. für zweckgebundene Investitionen im ordentlichen Haushalt herangezogen. Ergänzend wird angemerkt, dass im Jahr 2006 für Büroerweiterungsmaßnahmen 2.000 Euro und im Jahr 2007 für Investitionen beim Wirtschaftshof 15.000 Euro aus dem Bereich der Abfallbeseitigung bereit gestellt wurden, die in den Gesamtausgaben enthalten sind.

*Einer kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist auch zukünftig entsprechendes Augenmerk zuzuwenden.*

## Kindergarten



Die Marktgemeinde betreibt bislang einen viergruppigen Kindergarten. Mit der ab September 2008 geltenden Kindergartenordnung wurden die Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 06.45 Uhr bis 16.30 Uhr festgesetzt. An Nachmittagen wird der Kindergarten derzeit eingruppig geführt. Das Kindergartenjahr dauert von September bis einschließlich Juli.

Der monatliche Elternbeitrag wurde seit September 2006 mit 88,80 Euro eingehoben, wobei einkommens- und familienbezogene Ermäßigungen gewährt wurden. Mit Inkrafttreten der Oö. Elternbeitragsverordnung 2007 wurde die Tarifordnung für den Kindergarten neu geregelt. Der durchschnittliche Elternbeitrag belief sich im Jahr 2008 nunmehr auf 76,60 Euro.

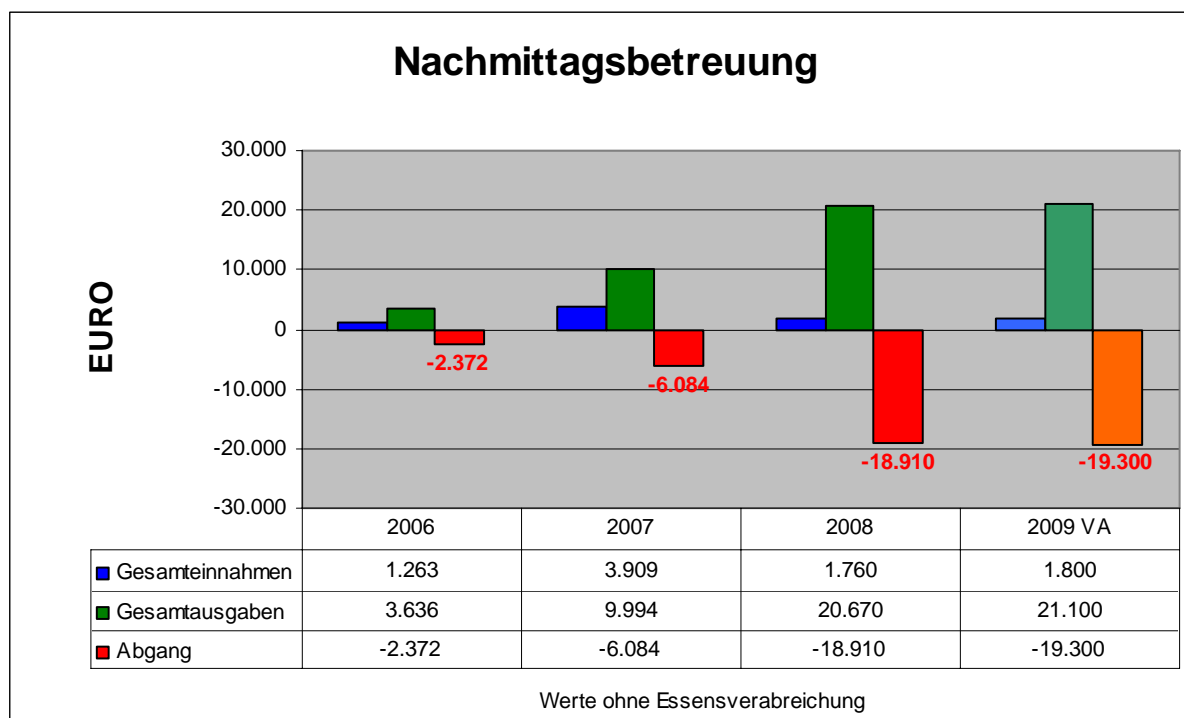
Bei Ausgaben von 342.013 Euro und Einnahmen von 215.447 Euro im Jahr 2008 lag der Zuschussbedarf bei ca. 1.455 Euro pro Kind (durchschnittlich 87 Kinder). Bei der obigen Betrachtung des Zuschussbedarfes ist der Nettoaufwand der Marktgemeinde für die Beförderung der Kinder ebenfalls berücksichtigt. Die erhöhten Ausgaben des Jahres 2008 sind auf Jubiläumswendungen von rund 11.300 Euro zurückzuführen. Im Herbst des Jahres 2008 ist die Schaffung einer fünften Kindergartengruppe vorgesehen.

Im Kindergarten wurden Ende des Jahres 2008 vier Kindergartenpädagoginnen (3,94 PE), vier Kindergartenhelferinnen (2,05 PE) und eine Stützkraft (0,375 PE) eingesetzt. Der Personaleinsatz ist im Hinblick auf die Öffnungszeiten des Kindergartens als angemessen anzusehen. Zur Reinigung werden weiters zwei Bedienstete mit insgesamt ca. 32 Wochenstunden eingesetzt.

Dem Beschäftigungsausmaß der Kindergartenleiterin liegen die Gruppenarbeitszeit, die Zeit für die Besorgung der Leitungsaufgaben sowie die von der Gruppenarbeit frei zu bleibende Dienstzeit zugrunde. Darüber hinaus werden jedoch monatlich fünf Überstunden ausbezahlt.

*Es sollte versucht werden, mit dem bestehenden Beschäftigungsausmaß das Auslangen zu finden, sodass Überstunden nicht mehr ausbezahlt werden.*

## Nachmittagsbetreuung



Durch den Neubau der Volksschule in Schlüßlberg wurde eine Nachmittagsbetreuung eingerichtet, die von der SALE (Solidaritätsaktion für arbeitslose Lehrer) betrieben wird. Die Marktgemeinde stellt dafür die Verpflegung bereit (sh. Seite 32). Zusätzlich erhält die SALE von der Marktgemeinde jährlich einen Beitrag von 2.000 Euro an finanzieller Unterstützung.

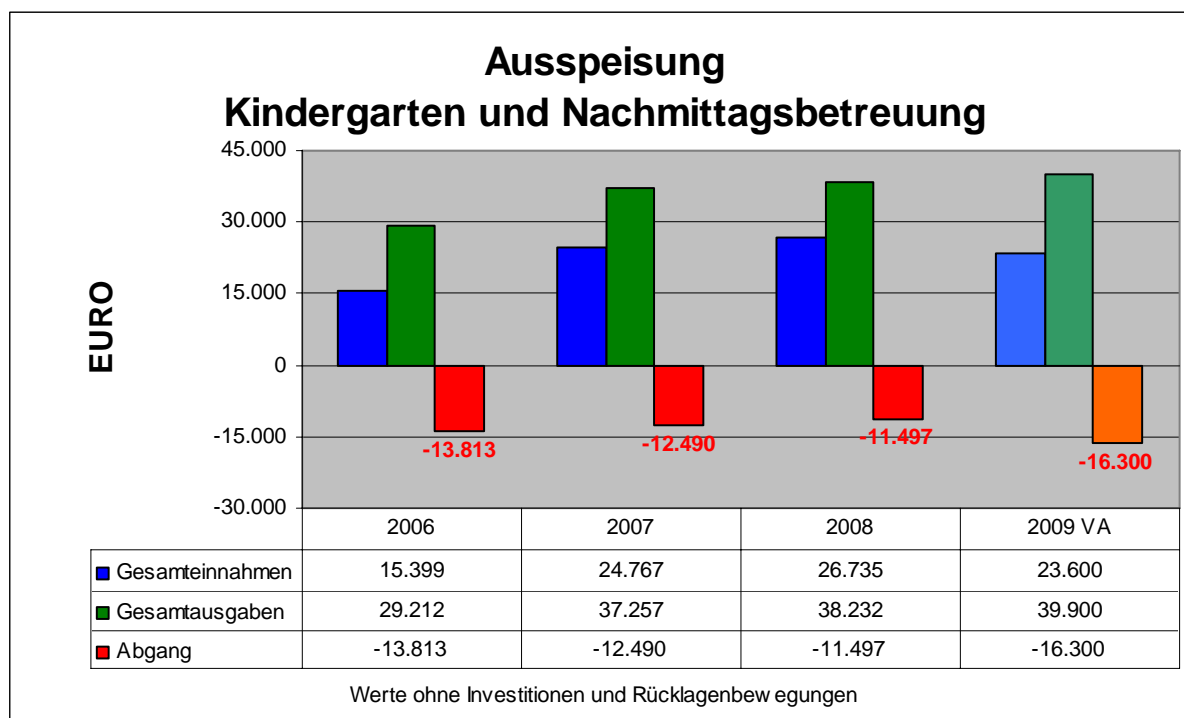
Die Nachmittagsbetreuung findet in einer gemeindeeigenen Räumlichkeit statt. Während sich im Finanzjahr 2006 ein Fehlbetrag von 2.372 Euro ergab, erhöhte sich dieser im Finanzjahr 2008 auf 18.910 Euro. Der Grund für die enorme Kostenerhöhung liegt darin, dass von der Marktgemeinde eine Schulhilfe zur besonderen, personenbezogenen Nachmittagsbetreuung aufgenommen wurde, da dieser Bereich von der SALE nicht abgedeckt werden konnte. Dieses Dienstverhältnis gilt für den Bedarf der Schulhelferin als Schulassistentin für die Betreuung von (derzeit zwei) beeinträchtigten Kindern. Ein Landeszuschuss wird hierfür nicht (mehr) gewährt. Während zu Beginn eine Betreuung bis 14 Uhr erfolgte, wurde diese mit Oktober 2007 bis 17 Uhr ausgedehnt, was sich in den gestiegenen Personalkosten dementsprechend widerspiegelt.

*Die in diesem Bereich anfallenden Betriebskosten sowie die Kosten der Reinigung werden dabei noch nicht erfasst. Diese sind im Sinne der Kostenwahrheit ebenfalls darzustellen.*

Als Kostenersatz wird für die (zwei) zu betreuenden Kinder, in Anlehnung an das von der SALE zur Verrechnung gelangende Entgelt, ein Betrag von monatlich 88 Euro eingehoben.

Auf Grund der geplanten Errichtung eines eigenen Hortes durch die Marktgemeinde ist eine Änderung der bisherigen Form der Nachmittagsbetreuung geplant. Mit Beginn des Hortbetriebes (voraussichtlich im Jahr 2010) werden künftig Kinder zur Integration in den Hortbetrieb eingegliedert.

## Ausspeisung (Kindergarten und Nachmittagsbetreuung)



Bei der Ausspeisung für den Kindergarten und die Nachmittagsbetreuung ist im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 durchschnittlich ein Abgang von 12.600 Euro entstanden.

Für Kinder, welche die Mittagsbetreuung im Kindergarten in Anspruch nehmen, ist für die Verpflegung ein Kostenbeitrag von 49 Euro monatlich zu leisten. Bei durchschnittlich 21 Besuchstagen errechnet sich ein täglicher Beitrag von ca. 2,30 Euro pro Portion. Für Kinder, die nur fallweise eine Verpflegung in Anspruch nehmen, wird pro Mahlzeit ein Pauschalbetrag von 3,30 Euro eingehoben. Die Entgelte liegen daher über dem im Erlasswege vorgegebenen Mindestentgelt. Für die Essensteilnahme im Rahmen der Nachmittagsbetreuung wird ein Entgelt von 2,70 Euro pro Portion vereinnahmt.

Während im Jahr 2006 von der mit 29 Wochenstunden beschäftigten Köchin noch rund 6.000 Portionen zubereitet wurden, ist diese Zahl im Jahr 2008 nur mehr bei 4.886 Portionen gelegen. Davon entfielen auf den Bereich des Kindergartens 2.660 Portionen und auf die Nachmittagsbetreuung 2.226 Portionen. Bei einem Beschäftigungsausmaß der Köchin von 0,725 Personaleinheiten (PE) entspricht dies rund 6.740 Portionen pro Personaleinheit.

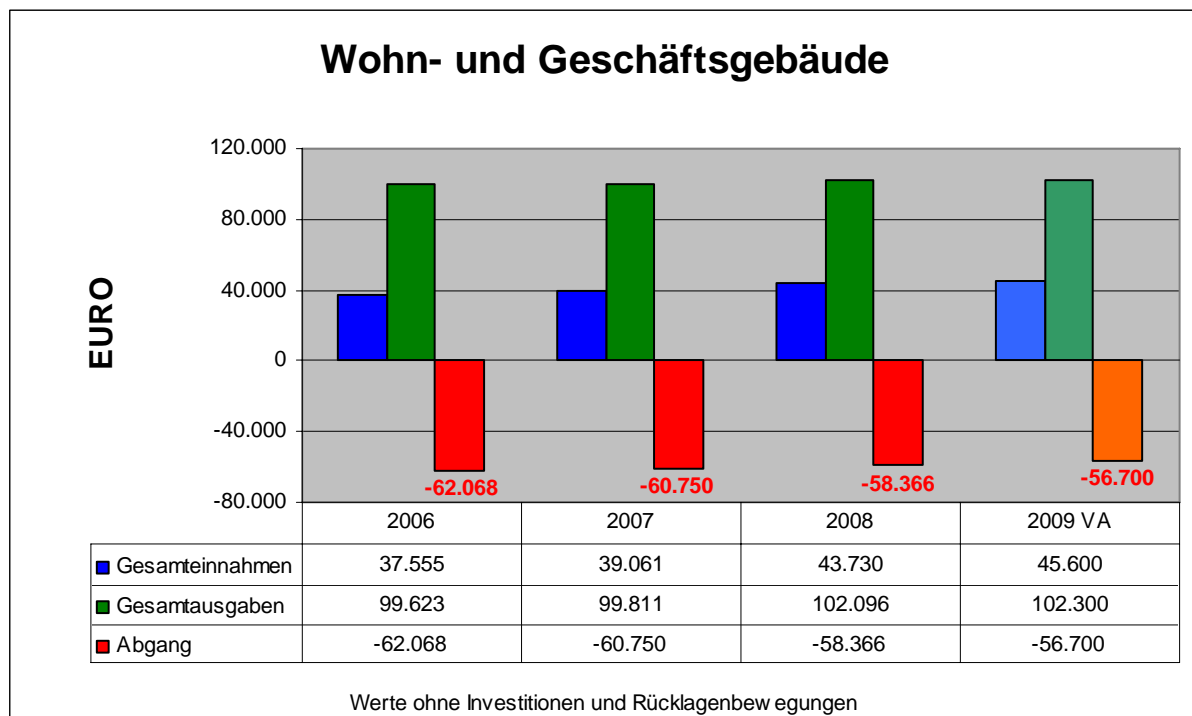
Die Ursache für diesen Rückgang liegt dabei in der verminderten Inanspruchnahme im Kindergartenbereich. Trotz einer Reduktion der hergestellten Portionen im Jahre 2008 gegenüber dem Vergleichswert des Jahres 2006 um 19 % ist das Beschäftigungsausmaß bisher unverändert geblieben. Ein Vergleich mit Schülerausspeisungen im Bezirk zeigt, dass größere Ausspeisungen mehr als 17.000 Portionen pro PE herstellen.

*Das Beschäftigungsausmaß der Köchin ist daher jedenfalls der Inanspruchnahme der Ausspeisung anzupassen. Es wird dringend empfohlen, das Beschäftigungsausmaß – auf Grund der rückläufigen Tendenz der Portionszahlen bzw. im Hinblick auf den Vergleich mit anderen Ausspeisungen – mit Beginn des Jahres 2010 auf 0,5 Personaleinheiten (bei in etwa gleichbleibenden Portionszahlen) herabzusetzen.*

Die Einsparungen würden sich dabei auf etwa 6.000 Euro pro Jahr belaufen.



## Wohn- und Geschäftsgebäude am Marktplatz



### Wohnungen im Amtsgebäude

Im zweiten Obergeschoß des Amtsgebäudes befinden sich vier Mietwohnungen. Die diesbezüglichen wertgesicherten Mieteinnahmen betragen im Finanzjahr 2008 9.319,92 Euro.

Eine Wohnung wurde dabei auf Grund von Überlegungen der Marktgemeinde über die Nutzung als Archiv etwa zwei Jahre nicht vermietet, wodurch auf Mieteinnahmen von rund 3.700 Euro verzichtet wurde.

*Derartige Entscheidungen sollten entsprechend geplant werden, um leerstehende Räumlichkeiten und damit im Zusammenhang stehende Einnahmenausfälle zu vermeiden.*

*Eine Wohnung wird an eine Bedienstete der Marktgemeinde zu einem (im Vergleich zu den weiteren Wohnungen) ermäßigten Mietzins vermietet. Wenngleich damit für die Marktgemeinde nur jährliche Mindereinnahmen von derzeit rund 260 Euro verbunden sind, ist zukünftig – im Hinblick auf eine Gleichbehandlung der Gemeindebürger – von derartigen Ermäßigungen Abstand zu nehmen.*

### Gesundheits- und Dienstleistungszentrum – GDLZ

Im Erdgeschoss des GDLZ werden auf einer Fläche von rund 168 m<sup>2</sup> (inkl. Keller) Räumlichkeiten vermietet. Weiters ist für die Unterbringung eines Gastgewerbebetriebes noch eine Fläche von rund 244 m<sup>2</sup> vorgesehen. Die Marktgemeinde bemüht sich dabei – wie bereits in der Vergangenheit – schwerpunktmäßig um eine Verwendung dieses leerstehenden Gebäudeteiles. Derzeit belastet der leerstehende Gebäudeteil die Marktgemeinde – neben den fehlenden Mieteinnahmen – durch die Ausfallhaftung, wonach die anteiligen Betriebskosten durch die Marktgemeinde zu entrichten sind. Die diesbezüglichen Kosten beliefen sich in den Jahren 2006 bis 2008 auf 13.640 Euro. Durch die (bis 2017) laufenden Darlehensverpflichtungen für den Bau des GDLZ (Annuitätendienst

von 52.648,26 Euro im Jahr 2008 für das Erdgeschoß) belastete das Erdgeschoß des GDLZ die Marktgemeinde mit 46.222,48 Euro im Jahr 2008.

*Nachdem seit nunmehr etwa sieben Jahren kein Gastronomiebetreiber gefunden werden konnte, ist – bei weiterem Ausbleiben eines entsprechenden Mieters – jedenfalls auch eine anderweitige Verwendung anzustreben.*

Im ersten Obergeschoß des von der Marktgemeinde vermieteten Gebäudeteils werden zwei weitere Einheiten vermietet. Auf Grund der laufenden Darlehensverpflichtungen bedarf es zur Ausgabendeckung der Zuschüsse der Marktgemeinde. Im Jahr 2008 mussten hierfür 18.557,67 Euro bereit gestellt werden.

Die Vermietung der Räumlichkeiten erfolgt zu einem grundsätzlich marktkonformen Mietzins.

Angemerkt wird, dass die Marktgemeinde im GDLZ Mietzuschüsse auf die Dauer von drei Jahren gewährt, um die Attraktivität des Ortszentrums zu erhöhen und dem Leerstehen der Räumlichkeiten im GDLZ und einem damit verbundenen Entgang von Mieteinnahmen entgegen zu wirken. Die diesbezüglichen Förderungen betragen im Finanzjahr 2008 rund 1.400 Euro. Diese Betriebsförderungen stehen jedoch im Widerspruch zu den diesbezüglichen erlassmäßigen Vorgaben<sup>7</sup> in den BZ-Runderlässen.

*In Zukunft sind Betriebsförderungen ausschließlich im Rahmen der erlassmäßigen Regelungen zu gewähren.*

---

<sup>7</sup> Betriebsförderungen nur für die Schaffung von gänzlich neuen Arbeitsplätzen in Form der Refundierung von bis zu maximal 50 % der Kommunalsteuer für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren

## **Gemeindevertretung**

### **Gemeinderat, Gemeindevorstand**

In den Jahren 2007 und 2008 wurden vom Gemeinderat und Gemeindevorstand zumindest in jedem Quartal Sitzungen abgehalten. Im dritten Quartal des Jahres 2006 wurde weder vom Gemeinderat noch vom Gemeindevorstand eine Sitzung durchgeführt.

*Die angeführten Kollegialorgane sind gemäß §§ 45 Abs. 1 und 55 Abs. 1 Oö. GemO 1990 zumindest vierteljährlich zu Sitzungen einzuladen.*

Bei den Protokollen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes fehlen teilweise Unterschriften bei der Unterfertigung des Protokolls und häufig der Genehmigungsvermerk. Diese Feststellungen treffen auch auf die Ausschussprotokolle zu.

*Die fehlenden Unterschriften und Genehmigungsvermerke sind nachzuholen.*

### **Gemeindeinterne Prüfungen**

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden vom Prüfungsausschuss neben der Überprüfung des Rechnungsabschlusses wenigstens vierteljährliche Gebarungsprüfungen nicht durchgeführt.

*Es wird daher darauf hingewiesen, dass der Prüfungsausschuss gemäß § 91 Abs. 3 Oö. GemO 1990 zusätzlich zur Überprüfung des Rechnungsabschlusses des vorangegangenen Finanzjahres wenigstens vierteljährlich Gebarungsprüfungen durchzuführen hat. Der Prüfungsausschuss hat die Prüfungstätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu intensivieren.*

### **Sitzungsgelder**

In der Sitzung des Gemeinderates vom 16. Dezember 2003 wurde die Verordnung über das Sitzungsgeld (1 % des Bezuges des Bürgermeisters) und die Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Gemeindevorstandes (10 % des Bezuges des Bürgermeisters) beschlossen.

Bezüglich der Höhe der Sitzungsgelder und der Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Gemeindevorstandes ist anzumerken, dass hier ein sparsamer Einsatz der Gelder erfolgt, zumal für das Sitzungsgeld eine Bandbreite bis zu 3 % und für die Aufwandsentschädigungen eine solche von bis zu 30 % des Bürgermeisterbezuges vorgesehen ist (sh. § 34 Oö. GemO 1990).

Bei der stichprobenweisen Überprüfung der Abrechnung des Sitzungsgeldes und der Aufwandsentschädigungen der Mandatäre konnten keine Mängel festgestellt werden.

### **Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben**

Die Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben wurden im Vergleichszeitraum jeweils im zulässigen Rahmen von bis zu 3 ‰ bzw. 1,5 ‰ der ordentlichen Ausgaben veranschlagt und im Ausmaß von durchschnittlich 1,50 ‰ bei den Verfügungsmitteln bzw. von 0,87 ‰ bei den Repräsentationsausgaben beansprucht.

Dem Bürgermeister kann daher ein sparsamer Umgang mit diesen Mitteln bestätigt werden.

## **Weitere wesentliche Feststellungen**

### **Vermögensverwaltung**

#### Sonstige Miet- und Pachtverträge

Die Marktgemeinde vermietet bzw. verpachtet – abgesehen von den auf Seiten 33 und 34 angeführten Wohn- und Geschäftsgebäuden – eine Werbetafel an einen Werbering bzw. gemeindeeigene Grundstücke an einen Pächter. Die diesbezüglichen betraglich untergeordneten Einnahmen beliefen sich im Finanzjahr 2008 auf 178,60 Euro.

Angepachtet wurde weiters ein Grundstück (jährlicher Pachtzins 55,30 Euro) zur Errichtung und zum Betrieb eines Brunnens, auf dem der Marktgemeinde die Dienstbarkeiten des Wasserrechtes, Wasserbezugs- und Wasserleitungsrechtes eingeräumt werden.

Für die Fischereirechte im Margarethen-, Kehr-, Atschen- und Gallspacherbach bestehen Pachtverträge; die diesbezüglichen wertgesicherten Pachteinnahmen beliefen sich im Finanzjahr 2008 auf 2.383,96 Euro.

#### Wohnung im Feuerwehrhaus

Im Feuerwehrhaus der Marktgemeinde Schlüßberg besteht eine Wohnung (73,40 m<sup>2</sup>), die an den ehemaligen Gemeindearbeiter vermietet war. Nach dessen Ausscheiden im Jahr 2008 wurde die Wohnung nicht mehr vergeben.

*Die Marktgemeinde sollte Überlegungen im Hinblick auf die Nachnutzung anstellen.*

### **Post-Partner**

Nachdem die Marktgemeinde seit 1. April 1994 mit der Geschäftsführung der Poststelle Schlüßberg betraut war, wurde mit Wirkung vom 7. Juli 2003 ein Post-Partnervertrag abgeschlossen, wobei nunmehr die Post dem Post-Partner absatzabhängige Provisionen gewährt. Die diesbezüglichen durchschnittlichen Monatseinnahmen betragen im Jahr 2008 1.488 Euro. Die Tätigkeit wird von einer vollbeschäftigten Gemeindebediensteten ausgeführt, wobei etwa 60 % der Tätigkeit auf den Post-Partner-Dienst entfallen.

Bei Einnahmen von 18.383,19 Euro und Ausgaben von 22.832,23 Euro errechnet sich im Jahr 2008 ein Abgang von ca. 4.450 Euro, der sich aus der Übernahme der Postdienste ergibt. Die anteiligen Kosten für die Reinigung wurden dabei nicht berücksichtigt.

### **Feuerwehrwesen**

Im Gemeindegebiet gibt es die Freiwilligen Feuerwehren Schlüßberg, Schnölzenberg und Tegernbach. Der laufende Aufwand des Finanzjahres 2008 (ohne Berücksichtigung der Rücklagenzuführung sowie der Investitionen der Postenklasse 0) betrug 22.628,06 Euro; dies entspricht einem Aufwand von 7,51 Euro pro Einwohner. Die Investitionen betragen im Finanzjahr 2008 ca. 1.450 Euro. Im Jahr 2007 lag der laufende Aufwand pro Einwohner bei 8,49 Euro (Finanzjahr 2006 8,70 Euro). Auf Grund der angeführten Aufwendungen pro Einwohner ist von einem sparsamen Mitteleinsatz auszugehen.

## **Feuerbeschau**

Die Risikoobjekte wurden nach dem Jahr 2001 im laufenden Jahr überprüft; diese Überprüfung wäre auf der Grundlage des mit 1. Jänner 1995 in Kraft getretenen Oö. Feuerpolizeigesetzes alle drei Jahre erforderlich. Eine Beschau der Objekte, die in einem Intervall von 8 bzw. 12 Jahren zu überprüfen sind, findet in den letzten Jahren fortlaufend statt.

*Im Hinblick auf die zeitlichen Verzögerungen bei der Durchführung der Feuerbeschau bei den Risikoobjekten wird darauf hingewiesen, dass ein mit einer mangelnden Wahrnehmung der Feuerbeschau im kausalen Zusammenhang stehender Schadensfall zu Amtshaftungsansprüchen führen kann. Die Feuerbeschau ist daher im vorgegebenen Intervall vorzunehmen.*

## **Bestellwesen**

Im Zusammenhang mit dem Bestellwesen wird auf § 23 Abs. 5 Oö. GemHKRO hingewiesen, wonach der Gemeinderat für bestimmte Einrichtungen (z.B. Feuerwehren, Schulen, etc.) im Rahmen des Voranschlages die Bewirtschaftung von bestimmten Voranschlagskrediten in deren Eigenverantwortung übertragen kann, wenn es den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht.

## **Schülerbeaufsichtigung**

Für die Schülerbeaufsichtigung, die vom Schulwart durchgeführt wird, sind im Jahr 2008 Kosten von 2.202,03 Euro entstanden. An Landesbeiträgen für die Schülerbeaufsichtigung konnten 1.041 Euro vereinnahmt werden.

## **Förderungen und freiwillige Ausgaben**

Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang lagen unter 15 Euro pro Einwohner. Die Marktgemeinde beachtet daher die Vorgaben der Aufsichtsbehörde, wonach die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang 15 Euro pro Einwohner nicht überschreiten dürfen.

*Bei Förderungsvereinbarungen mit Betrieben sollte ausdrücklich vereinbart werden, dass die Kommunalsteuer in voller Höhe zu entrichten ist und erst jährlich im Nachhinein eine Refundierung der Kommunalsteuer erfolgt.*

## **Versicherungen**

Die Marktgemeinde hat im Jahr 2002 eine Versicherungsanalyse von unabhängiger dritter Seite durchführen lassen. Der Versicherungsaufwand betrug im Jahr 2006 19.368,77 Euro und erhöhte sich auf 19.492,03 Euro im Jahr 2008.

Zum Zeitpunkt der Einschau in die Gebarung wurde eine neuerliche Versicherungsanalyse – mit der Zielsetzung einer Überprüfung der Versicherungsverträge im Hinblick auf optimale Versicherungsbedingungen, marktgerechte Prämien und risikogerechte Kostensenkung – durchgeführt.

## Bauhof

Die Gemeinde beschäftigt vier vollbeschäftigte Bauhofarbeiter (derzeitige Einstufungen: 1 VB II/ p1, 3 GD 19). Die Stelle eines am 30. Juni 2008 ausgeschiedenen Arbeiters wurde aus Einsparungsgründen bisher nicht mehr nachbesetzt. Ein Bediensteter wird teilweise (etwa 30 – 40 %) auch als Schulwart eingesetzt. Weiters werden die Bauhofarbeiter für Arbeiten der öffentlichen Einrichtungen Abfallbeseitigung, Wasserleitungs- und Kanalbau herangezogen, wofür im Betrachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 jährlich durchschnittlich 2.450 Stunden aufgebracht wurden. Es ist daher von einem sparsamen Personaleinsatz im Bauhofbereich auszugehen.

Die Unterbringung der angeführten Gerätschaften und Fahrzeuge erfolgt in einem eigenen Bauhofgebäude, dessen Zu- und Umbau im Jahr 2007 abgeschlossen wurde.

Die Schneeräumung und Streuung wird größtenteils durch die Marktgemeinde selbst vorgenommen.

Auf Grundlage der insgesamt angefallenen Personalausgaben im Bereich des Bauhofes wird jährlich ein durchschnittlicher Stundensatz pro Mitarbeiter für die interne Leistungsverrechnung für das Folgejahr ermittelt. Auf Grund der derzeitigen Berechnung der Vergütungssätze für das Bauhofpersonal (einheitlicher Satz für alle Bediensteten) ergibt sich bei den leistungsempfangenden Stellen eine teilweise Über- oder Unterbewertung. Die Stundensätze wären jährlich auf Grund der Jahreslohnkonten und der tatsächlich geleisteten Stunden (inkl. Regiezuschlag) für das betreffende Jahr für jeden einzelnen Bediensteten zu berechnen.

Weiters wurden mit den Beschlüssen des Gemeinderates vom 12. Jänner 1995 bzw. 16. Dezember 1999 Tarife für gemeindeeigene Maschinen und Geräte des Bauhofes festgesetzt, die jährlich um 5 % erhöht werden. Für die Vergütung der Fuhrparkleistungen wären die Selbstkosten je Leistungseinheit zu Grunde zu legen. Hierzu wird empfohlen, die Gebarungsvorgänge des Fuhrparks beim Unterabschnitt 821 darzustellen.

*Um ein vollständiges Kostenbild bei den leistungsempfangenden Einrichtungen zu erreichen, scheint es jedoch sinnvoll, auf Basis eines zu erstellenden Produktkatalogs eine Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen. Damit können fundierte Preisvergleiche mit Leistungen der Privatwirtschaft gezogen werden.*

Auch für ev. Überlegungen hinsichtlich Auslagerungen (z.B. die Betreuung von öffentlichen Anlagen) infolge der Einsparung bei den Bauhofmitarbeitern können die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung für Vergleiche mit der Privatwirtschaft herangezogen werden.

# Außerordentlicher Haushalt

## Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2008

Das Investitionsvolumen in den Jahren 2006 bis 2008 betrug insgesamt ca. 2.149.000 Euro, wovon ca. 901.000 Euro auf die Wasserversorgung, ca. 531.000 Euro auf den Straßenbau, ca. 413.000 Euro auf den Bauhof und ca. 173.000 Euro auf den Ankauf eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr entfielen. Im Finanzjahr 2008 sind dabei im außerordentlichen Haushalt Ausgaben<sup>8</sup> von ca. 845.000 Euro entstanden. Die Ausgaben (Beträge in Euro) entfielen auf folgende Vorhaben:

Vorhaben	Ausgaben im Finanzjahr 2008	Sollergebnis
FF Schlüßberg – Löschfahrzeug	46.812,00	---
Kindergartenerweiterung und Hortneubau	44.814,95	---
Lärmschutz – ÖBB	9.823,35	---
Straßenbau 2006 – 2008	65.360,15	-33.329,10
Straßenkreuzung B 137 (Baulos Dingbach)	2.585,80	---
Bauhof (Zu- und Umbau)	---	-80.000,00
Rückhaltebecken – Gemeindebeitrag	24.401,00	-13.802,00
WVA BA02/03	15.307,09	---
WVA BA03	53.298,51	-53.298,51
WVA BA05	45.893,95	-85.893,95
WVA BA04	536.675,29	-35.375,29
Betriebs- und Geschäftsgebäude	157,72	-151.170,28

Im Rechnungsabschluss 2008 wird für den außerordentlichen Haushalt ein Sollfehlbetrag von insgesamt 142.506,39 Euro ausgewiesen. Wie bereits bei der Erörterung der Rücklagen angesprochen, wird ein Teil der Rücklagen zur Zwischenfinanzierung im außerordentlichen Haushalt herangezogen. Abgesehen von den Abgängen für die Vorhaben "Straßenbau 2006 - 2008", "Bauhof (Zu- und Umbau)", "Rückhaltebecken – Gemeindebeitrag" und "WVA BA04" (für einen Fehlbetrag von 15.375,29 Euro) bestehen für die übrigen Fehlbeträge Zwischenfinanzierungen durch innere Darlehen. Für die angeführten und nicht durch Zwischenfinanzierungen abgedeckten Fehlbeträge liegen jedoch auch gesicherte Finanzierungen vor; so konnten die Fehlbeträge bei den Vorhaben "Straßenbau 2006 - 2008" und "Bauhof" durch die für das Finanzjahr 2009 zugesicherten Bedarfszuweisungsmittel bereits ausfinanziert werden.

## Feuerwehrfahrzeug

Das Löschfahrzeug (Ersatzanschaffung) der Freiwilligen Feuerwehr Schlüßberg wurde nach der Durchführung eines offenen Verfahrens (Unterswellenbereich) im Juli 2007 ausgeliefert. Die Finanzierung erstreckte sich entsprechend dem Finanzierungsplan über die Finanzjahre 2006 bis 2008. Die Gesamtkosten betragen ca. 173.400 Euro; die Ausfinanzierung erfolgte im Finanzjahr 2008.

<sup>8</sup> Bei den Ausgaben wurden nur Ausgaben für Investitionszwecke berücksichtigt; die bei den div. Zwischenfinanzierungsvorhaben entstandenen Ausgaben wurden nicht einbezogen.

## **Volksschul-Neubau**

Die Finanzierung der im September 2003 in Betrieb gegangenen Volksschule erstreckt sich bis ins Jahr 2010. Im Rechnungsabschluss 2008 ist noch ein Soll-Fehlbetrag von 30.000 Euro ausgewiesen. Durch die für das Jahr 2010 in Aussicht gestellte Bedarfszuweisung von 30.000 Euro kann das Vorhaben ausfinanziert und die damit zusammenhängende Zwischenfinanzierung aufgelöst werden.

Den Beratungen im Gemeindevorstand vom 23. September 2008 ist zu entnehmen, dass die Holzfassade an der Westseite des Volksschulgebäudes starke optische Beeinträchtigungen aufweist und daher eine Verkleidung der Fassade mit Aluminium erwogen wird (Richtwert von 95 € pro m<sup>2</sup>).

*Soweit nicht überhaupt Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden können, wird es für zweckmäßig angesehen, die Holzfassade neu zu streichen.*

Im Schulgebäude sind zahlreiche Risse im Mauerwerk und Setzungen erkennbar.

*Auch in diesen Fällen wird es für notwendig angesehen, dass im Hinblick auf die erst kurze Nutzungsdauer Lösungen zur Behebung der Schäden gefunden werden, die das Budget der Marktgemeinde weitestgehend nicht belasten.*

## **Kindergartenerweiterung und Hortneubau**

Im genehmigten Finanzierungsplan (Rahmen 1.580.900 Euro) sind für dieses Vorhaben Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes von 189.100 Euro vorgesehen. Der Baubeginn bei diesem Vorhaben erfolgte im April 2009; bisher sind bei diesem Vorhaben insbesondere Kosten für die Planung und Erschließung entstanden. Die Kosten von 61.369,69 Euro wurden durch einen Anteilsbetrag des ordentlichen Haushaltes aufgebracht. Zur Finanzierung steht auch eine Rücklage von ca. 55.500 Euro zur Verfügung, sodass zur Finanzierung noch Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes von ca. 72.200 Euro bereit zu stellen sind.

*Die Aufbringung der noch offenen Anteilsbeträge ist jedoch auf Grund der erörterten finanziellen Lage der Marktgemeinde fraglich<sup>9</sup>.*

Da die Fördermittel von 1.053.800 Euro erst in den Jahren 2011 bis 2015 gewährt werden, ergibt sich zusätzlich eine hohe Belastung durch die von der Marktgemeinde zu übernehmende Zwischenfinanzierung. Die bisherigen Ausschreibungsergebnisse für die Baumeisterarbeiten, Leistungen der Haustechnik und der Elektroinstallation (Vergabebeschluss durch den Gemeinderat vom 10. März 2009) liegen im Rahmen der Kostenschätzung.

## **Bauhof (Zu- und Umbau)**

Der Schwerpunkt der baulichen Aktivitäten lag mit Ausgaben von 283.200 Euro im Finanzjahr 2006; die Gesamtkosten betragen ca. 523.500 Euro. Nach der Vorlage der Endabrechnungsunterlagen im November 2007 wurde am 29. Jänner 2008 durch die befassende Abteilung beim Amt der Oö. Landesregierung festgestellt, dass die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in einem hohen Maße gewahrt wurden.

---

<sup>9</sup> Zuführungen von Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes zu außerordentlichen Vorhaben sind, selbst wenn sie in genehmigten Finanzierungsplänen ausgewiesen sind, nur dann zulässig, wenn durch diese Zuführungen der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes nicht gefährdet wird.



Im Rechnungsabschluss 2008 konnte der aus dem Finanzjahr 2007 übernommene Soll-Fehlbetrag von 136.000 Euro durch die Gewährung einer Bedarfszuweisung auf 80.000 Euro reduziert werden. Entsprechend dem genehmigten Finanzierungsplan wurde im Finanzjahr 2009 eine weitere zugesicherte Bedarfszuweisung beantragt. Durch diese Bedarfszuweisung kann das Vorhaben ausfinanziert werden.

### **Rückhaltebecken am Stillbach und Zinserlbach – Gemeindebeitrag (Baukosten- und Grundanteil)**

Dieses durch einen Wasserverband durchgeführte Bauvorhaben ist für die Gemeinden des Trattnachteales von sehr großer Bedeutung, da das Hochwasser im Sommer 2002 zu wesentlichen Einschränkungen bei der Aufschließung von Bauland führte. Ein genehmigter Finanzierungsplan über 101.400 Euro (davon 70.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel) liegt vor. Im Rechnungsabschluss 2008 wird bei bisherigen Ausgaben von 48.802 Euro und Einnahmen von 35.000 Euro (ausschließlich Bedarfszuweisungsmittel) ein Fehlbetrag von 13.802 Euro ausgewiesen. Da sich derzeit bauliche Verzögerungen bei der Umsetzung des Rückhaltebeckens am Zinserlbach abzeichnen, sind in der mittelfristigen Finanzplanung erst für die Planjahre 2010 und 2011 Ausgaben von jeweils 15.000 Euro vorgesehen; diese Ausgaben werden einschließlich des eingangs angeführten Fehlbetrages durch Einnahmen von 44.000 Euro bedeckt. Die dabei im Planjahr 2010 vorgesehene Zuführung eines Anteilsbetrages des ordentlichen Haushaltes von 9.000 Euro ist durch die angespannte finanzielle Lage in Frage gestellt.

### **Lärmschutzmaßnahmen im ÖBB-Bereich**

Mit den Österreichischen Bundesbahnen besteht eine vertragliche Vereinbarung über die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der ÖBB-Strecke. Hiefür sind in den Jahren 2006 bis einschließlich 2008 nur untergeordnete Ausgaben von 29.537,10 Euro entstanden. In den Vorjahren lagen die Ausgaben bei ca. 700.000 Euro, wofür Eigenmittel der Gemeinde von ca. 573.600 Euro (davon Darlehen 412.309 Euro) aufzubringen waren. Für das Jahr 2009 sind noch geringfügige Ausgaben von 2.000 Euro (für Objektförderungen – Lärmschutzfenster) veranschlagt. Die Bedeckung ist dabei durch einen Anteilsbetrag des ordentlichen Haushaltes vorgesehen.

### **Straßenbau**

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden die Vorhaben "Straßenbau 2006 - 2008" und "Straßenkreuzung B 137/Baulos Dingbach" durchgeführt. Bei einem genehmigten Finanzierungsplan von 395.000 Euro beliefen sich die Ausgaben auf 409.196,61 Euro und die Einnahmen auf 375.867,51 Euro. Im Rechnungsabschluss 2008 beträgt der Fehlbetrag daher 33.329,10 Euro. Zur Ausfinanzierung ist für das Finanzjahr 2009 eine Bedarfszuweisung von 35.000 Euro vorgesehen.

### **Erweiterung der Wasserversorgung BA02 – BA05 und WVA Quellen**

Bei diesen Vorhaben sind in den Jahren 2006 bis 2008 Ausgaben von 901.098,24 Euro (Schwerpunkt BA04 mit ca. 608.100 Euro) entstanden. Im Rechnungsabschluss 2008 werden bei den Bauabschnitten 03 bis 05 Fehlbeträge von insgesamt 159.192,46 Euro ausgewiesen. Diese Fehlbeträge werden durch die vorübergehende Heranziehung von Rücklagenmitteln zwischenfinanziert. Die Zwischenfinanzierung erfolgt laut Auskunft der Marktgemeinde zur Verringerung der Zinsbelastung für die ansonsten schon notwendigen Darlehensaufnahmen.

Bei der Abwicklung der Vorhaben ist es durch die bei der Mischung der verschiedenen Quellwässer aufgetretenen Probleme (Beeinträchtigung der Wasserqualität) zu Verzögerungen gekommen. Die Entscheidung, welche Desinfektions- oder Entkeimungsanlage eingebaut wird, wird voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte 2009 erfolgen.

Die Vorhaben werden entsprechend den Förderverträgen abgewickelt. Die stichprobenweise Durchsicht der Belege und der Vergabebeschlüsse beim BA04 ergab keine Beanstandungen.

### **Betriebs- und Geschäftsgebäude**

Im Finanzjahr 2008 konnte der im Wesentlichen aus dem Finanzjahr 2003 stammende Fehlbetrag von 275.010,56 Euro durch einen Grundverkauf auf 151.170,28 Euro reduziert werden. Unter diesem Vorhaben wurde in Vorjahren der Ankauf von Grundstücken zur Betriebsansiedlung durchgeführt. Die Bezeichnung des Vorhabens müsste eigentlich "An- und Verkauf von Betriebsbaugebiet" lauten.

Derzeit ist noch ein Grundstück mit ca. 5.700 m<sup>2</sup> zu verkaufen. Mit dem Veräußerungserlös kann der Fehlbetrag abgedeckt werden. Einen konkreten Kaufinteressenten für dieses Betriebsbaugebiet gibt es jedoch derzeit nicht. Im Rechnungsabschluss 2008 wird der Fehlbetrag durch die vorübergehende Heranziehung von Rücklagen zwischenfinanziert.

## Optimierungspotential

Durch Verhandlungen mit den Geldinstituten bzw. durch Umschuldungen sollte bei den fixverzinsten Darlehen eine Verringerung des Zinsendienstes angestrebt werden.

Weitere Einnahmen können durch die konsequente Ausdehnung der Erhebungen von gebührenrelevanten Tatbeständen hinsichtlich ergänzender Wasser- und Kanalanschlussgebühren auf das ganze Gemeindegebiet lukriert werden.

Bei der Wasserversorgung kann durch die Erhöhung der bestehenden Grundgebühr eine gewisse Entlastung der Kostensituation erreicht werden.

Eine Herabsetzung des Beschäftigungsausmaßes der Köchin – unter Annahme von in etwa gleichbleibenden Portionszahlen in der Ausspeisung – führt zu einem Einsparungspotential von etwa 6.000 Euro pro Jahr.

Durch eine anderweitige Verwendung der für einen Gastronomiebetrieb vorgesehenen Räumlichkeiten im Erdgeschoss des GDLZ fallen die Belastungen durch die Ausfallhaftung weg. Zusätzlich können Mieten vereinnahmt werden.

## Schlussbemerkung

Die Arbeiten am Marktgemeindeamt werden von den Bediensteten grundsätzlich mit großer Sorgfalt wahrgenommen.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte gerne gegeben. Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

Die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wurden in den letzten Jahren grundsätzlich in einem hohen Ausmaß beachtet. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die von der Marktgemeinde durchgeführten Erhebungen von gebührenrelevanten Tatbeständen hinsichtlich ergänzender Wasser- und Kanalanschlussgebühren. Einer Fortsetzung der sparsamen Haushaltsführung kommt im Hinblick auf die durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise stark eingetrübten Rahmenbedingungen besondere Bedeutung zu. Besonderes Augenmerk wird auch auf eine gesicherte Finanzierung von außerordentlichen Vorhaben zu legen sein, wobei Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen werden; in genehmigten Finanzierungsplänen vorgesehene Eigenmittel sind daher rechtzeitig durch andere Bedeckungsmittel zu ersetzen.

Bei der am 6. Juli 2009 erfolgten Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister und dem Amtsleiter konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Grieskirchen, am 6. Juli 2009

Die Prüfer:

Herbert Haitzinger

Christoph Kronschläger

Der Bezirkshauptmann:

Mag. Christoph Schweitzer, MBA